

# RheinlandPfalz



## Statistische Monatshefte

1998

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

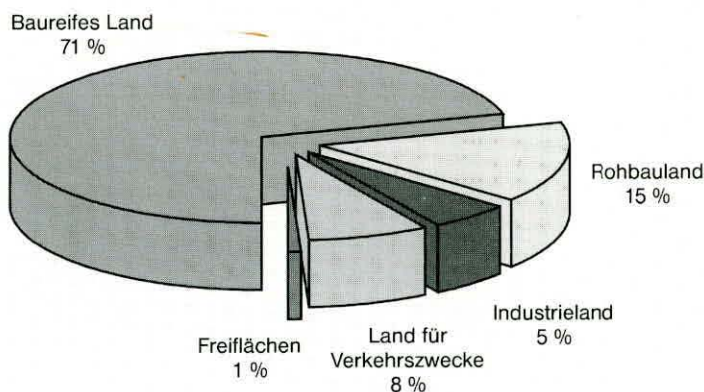
September

Oktober

**November**

Dezember

Kauffälle von Bauland 1997 nach Baulandarten



## Inhalt

---

<b>Das novellierte Gesetz über Agrarstatistiken</b>	249	Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Agrarstatistiken trat am 1. Juli 1998 in Kraft. Damit sind die Vorschläge, die im Rahmen der jüngsten Überprüfung des Programms der Agrarstatistik gemacht wurden, rechtlich umgesetzt worden.
---	-----	--

---

<b>Baulandverkäufe 1997</b>	256	Sieben von zehn Baulandverkäufen des Jahres 1997 betrafen baureifes Land, das zu einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 126 DM den Besitzer wechselte. Regional ergaben sich erhebliche Preisunterschiede.
-----------------------------	-----	--

---

<b>Das Erntejahr 1998</b>	264	Der Überblick über den Verlauf des Erntejahres beruht auf den bis Mitte Oktober vorliegenden Ergebnissen der Erntermittlungen.
---------------------------	-----	--

---

<b>Die Wohnungsversorgung am Jahresende 1997</b>	270	Die Wohnungsversorgung der Rheinland-Pfälzer hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Je 1 000 Einwohner stehen 435 Wohnungen zur Verfügung. Ende 1997 gab es in Rheinland-Pfalz mehr als 1 Mill. Wohngebäude und mehr als 1,7 Mill. Wohnungen.
--	-----	--

---

<b>Anhang</b>	73*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	79*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland



### **Bauland in Mainz am teuersten, im Kreis Bitburg-Prüm am günstigsten**

Fast 13600-mal wechselte Bauland in Rheinland-Pfalz im letzten Jahr den Besitzer. Dabei wurden für 18,6 Mill. m<sup>2</sup> 1,37 Mrd. DM bezahlt. In der Differenzierung nach den Baulandarten lag das baureife Land mit einem Flächenanteil von 41 % vor dem Rohbauland (31 %) an der Spitze. Dabei mussten für baureifes Land im Durchschnitt 126 DM je Quadratmeter bezahlt werden, das waren 7 DM weniger als im Vorjahr. Rohbauland brachte es auf einen mittleren Preis von 44 DM je Quadratmeter und damit 11 DM mehr als vor Jahresfrist.

Das Preisniveau weist erhebliche regionale Unterschiede auf. Im Regierungsbezirk Trier kostete der Quadratmeter baureifes Land im Mittel 62 DM; in den Bezirken Koblenz (94 DM) und Rheinhessen-Pfalz (219 DM) wurde dieser Wert – teilweise beachtlich – überboten. Am günstigsten waren die unbebauten Baugrundstücke in den Landkreisen Bitburg-Prüm und Daun mit 31 bzw. 38 DM je Quadratmeter. Bei den kreisfreien Städten – Mittelwert 345 DM – wurden die höchsten Quadratmeterpreise in Mainz (735 DM) und Speyer (528 DM) erreicht. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 256.

### **Ertragsentwicklung bei Feldfrüchten und Sonderkulturen zufrieden stellend**

Überwiegend günstige Witterungsverhältnisse während der Vegetationsperiode führten bei Feldfrüchten und Sonderkulturen zu zufrieden stellenden Erträgen.

Die Getreideernte in Rheinland-Pfalz erbrachte in diesem Jahr bei günstigem Erntewetter rund 1,56 Mill. t. Sie ist damit um 10 % höher ausgefallen als im Durchschnitt der letzten sechs Jahre. Von der Qualität her blieben keine Wünsche offen. Mit 60 dt je ha im Durchschnitt aller Getreidearten lag der Ertrag auf dem hohen Niveau der beiden Vorjahre. Nicht befriedigen konnten dagegen die Erzeugerpreise.

Winterraps wurde in diesem Jahr um 15 % mehr geerntet als 1997. Ursache hierfür war die Ausdehnung der Anbauflächen, des Weiteren wurde mit durchschnittlich gut 31 dt je ha eine gute Flächenleistung erzielt.

Mit 318 000 t fällt die Kartoffelernte um knapp 6 % niedriger aus als im Vorjahr. Verantwortlich hierfür sind neben einer Einschränkung der Anbauflächen der mittelfrühen und späten Sorten auch etwas geringere Hektarerträge als Folge einer witterungsbedingt sehr langen Pflanzperiode und einer beschleunigten Abreife nach der Trockenheit und Hitze im August.

Der Gemüseanbau auf dem Freiland hat in diesem Jahr um 10 % auf fast 12 750 ha zugenommen. Rund drei Viertel der Flächenausdehnung entfallen auf Feldsalat, Blumenkohl, Bundzwiebeln und Radieschen. Die Erträge der wichtigen Gemüsearten liegen auf Vorjahresniveau oder darüber. Im Obstbau wirkten sich die nasskalte Witterung zur Zeit der Blüte sowie Trockenheit und Hitze im Mai negativ aus. Trotzdem waren die Ertragsausfälle nicht so hoch wie im frostgeschädigten Jahr 1997. Gegenüber dem Vorjahr ist die Ernte bei Sauerkirschen um 17 % und bei Süßkirschen um 72 % höher ausgefallen. Die Schätzungen für Pflaumen und Zwetschen liegen auf dem Vorjahresniveau, aber deutlich unter dem Sechsjahresdurchschnitt. Bei Äpfeln und Birnen werden bessere Baumerträge erwartet. Der mehrjährige Ertragsdurchschnitt dürfte jedoch unterschritten werden.

Nach den Schätzungen für die Weinmosternte von Anfang Oktober wird mit einer voraussichtlichen Erntemenge von rund 7 Mill. hl gerechnet. Damit würde das Vorjahresergebnis um rund ein Fünftel überschritten. Die Erntemenge wird überwiegend im Qualitätsweinbereich liegen. po

Mehr über dieses Thema auf Seite 264.

### **Im 1. Halbjahr wieder deutlich mehr Gewerbeanmeldungen**

Die rheinland-pfälzischen Gewerbeämter registrierten im ersten Halbjahr dieses Jahres 20 615 Gewerbeanmeldungen; das sind 3,5 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig stieg die Zahl der Gewerbeabmeldungen um 2,2 % auf rund 16 200. Im Wirtschaftsbereich Handel und Gastgewerbe wurden mit einem Anteil von 44 % (9 046) die meisten Anmeldungen beobachtet, gefolgt von jeweils 20 % in den Dienstleistungsbranchen Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen (4 152) bzw. Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen (4 142). Das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe hatten mit 3 275 Anmeldungen einen Anteil von 16 %.

Bei über 17 500 der Gewerbeanmeldungen handelte es sich um Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben. Sie stiegen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1,7 %. In den übrigen rund 3 100 Fällen erfolgten Anmeldungen infolge von Übernahmen bereits bestehender Gewerbebetriebe. Fast 80 % der Gewerbeabmeldungen (12 700) waren vollständige Betriebsaufgaben, die auch Betriebsverlagerungen und die Aufgabe eines Kleingewerbes oder einer Nebentätigkeit einschließen. el



### **Neukonzeption der Monatlichen und der Vierteljährlichen Produktionserhebung ab Januar 1999**

Mit Beginn des Berichtsjahres 1999 ändert sich das Konzept der Produktionsstatistiken. Ziel dieser Veränderung ist es, die Firmen von der bisher möglichen doppelten Meldung ihrer Produktion zum monatlichen Produktions-Eilbericht und zur Vierteljährlichen Produktionserhebung zu entlasten. Damit entfällt auch die Meldung der Produktion nach zwei verschiedenen Klassifikationen.

Das neue Konzept geht davon aus, dass die Monatliche Produktionserhebung, also der bisherige Produktions-Eilbericht, vorrangig der Berechnung von Produktionsindizes dient. Sie sind u. a. für die Konjunkturanalysen der Wirtschaftsministerien des Bundes und der Länder, der Deutschen Bundesbank, der Wirtschaft selbst sowie der verschiedenen Konjunkturforschungsinstitute, aber auch der Europäischen Union erforderlich. Für die Berechnung der Produktionsindizes genügen monatlich repräsentative Produktionsmeldungen, d.h. in die monatliche Berichterstattung müssen nicht alle Firmen eines Wirtschaftszweiges einbezogen werden. Untersuchungen haben gezeigt, dass ein Repräsentationsgrad von 75% des Produktionswertes für jeden Wirtschaftszweig ausreicht, um verlässliche Ergebnisse über die konjunkturelle Entwicklung einer Branche zu erhalten.

Nach dem neuen Konzept werden demzufolge nur so viele Unternehmen oder Betriebe zur Monatlichen Produktionserhebung herangezogen, dass in jedem Land mindestens 75 % des Produktionswertes jedes Wirtschaftszweiges (Viersteller der WZ 93) erfasst werden. Wer zur Monatlichen Produktionserhebung meldet, braucht künftig nicht mehr wie bisher zusätzlich eine eigene Vierteljahresmeldung abzugeben. Die Vierteljahresproduktion wird von den statistischen Ämtern künftig aus den drei vorliegenden Monatsmeldungen berechnet. Diejenigen Einheiten, die nicht in die Auswahl für die Monatsmelder kommen, müssen ihre Produktion nur noch zur Vierteljährlichen Produktionserhebung melden. Damit wird ein Unternehmen bzw. ein Betrieb nur noch zu einer der beiden Produktionserhebungen herangezogen, entweder zur monatlichen oder zur vierteljährlichen.

Das neue Konzept stellt sich zusammengefasst wie folgt dar:

- Sowohl die Monatsmeldungen als auch die Vierteljahresmeldungen erfolgen nach ein und derselben Klassifikation, dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP 95).
- Jeder Betrieb wird nur zu einer der beiden Erhebungen herangezogen, entweder zur Monatlichen oder zur Vierteljährlichen Produktionserhebung.

- Die künftigen Monatsmelder berichten monatlich über die Produktion aller von ihnen hergestellten Produkte (und nicht nur, wie bisher, für ausgewählte Warenarten).
- Mit dem Wegfall der inhaltlichen Unterschiede zwischen der bisherigen Monats- bzw. Vierteljahresmeldung wird auch eine mögliche Fehlerquelle beseitigt.
- Gleichzeitig werden für eine Reihe von Produkten praxisgerechtere Maßeinheiten erfragt.

Konkret wird folgendermaßen vorgegangen: Der bisherige vierteljährliche Berichtskreis wird aufgeteilt in Monatsmelder und Vierteljahresmelder. Die Auswahl der Einheiten, die monatlich zur Produktionserhebung herangezogen werden, erfolgt einmal im Jahr anhand der Daten über die Jahresproduktion. Die Betriebe des Berichtskreises werden für jeden Wirtschaftszweig nach der Höhe ihres Produktionswertes in diesem Wirtschaftszweig sortiert. Beginnend bei den größten, werden so lange Einheiten in die Auswahl der Monatsmelder aufgenommen, bis mindestens 75 % des Produktionswertes des Wirtschaftszweiges erreicht sind. Damit lassen sich vor allem die kleineren Firmen eines Wirtschaftszweiges entlasten, da sie künftig nur noch vierteljährlich zur Produktionsstatistik melden müssen. Größere Firmen sind dagegen verpflichtet, monatlich über alle von ihnen hergestellten Produkte zu berichten. fu

Für weitere Auskünfte steht Herr Gerhard Fuchs (Telefon 0 26 03/71 273) zur Verfügung.

### **Exportsteigerung um 6,5 %**

Im ersten Halbjahr 1998 wurden aus Rheinland-Pfalz Waren im Wert von mehr als 21,5 Mrd. DM exportiert. Das sind 6,5 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Fast 75 % (15,8 Mrd. DM / + 8,4 %) der Ausfuhren gingen in die europäischen Staaten. Mit Waren im Wert von fast 12 Mrd. DM (+ 4,7 %) hatten die EU-Länder den größten Anteil daran. Allein Frankreich bezog Waren für fast 3 Mrd. DM (+ 7,4 %). Es ist damit das bedeutendste Abnehmerland für rheinland-pfälzische Erzeugnisse.

Die Exporte in mittel- und osteuropäische Länder stiegen um 37 % auf 2,3 Mrd. DM. 397 Mill. DM (+ 52 %) davon entfielen auf Exporte nach Russland. Nach Ungarn konnten Waren für 637 Mill. DM (+ 46 %) geliefert werden. Die asiatischen Staaten importierten für 2,4 Mrd. DM (- 9,5 %) Produkte aus Rheinland-Pfalz. Hier waren Japan (427 Mill. DM / - 14,3 %) und China (250 Mill. DM / + 9,2 %) die Hauptabnehmerländer. Kanada und die USA konnten ihre Importe aus Rheinland-Pfalz (1,7 Mrd. DM) gegenüber dem ersten Halbjahr 1997 um 14 % steigern. ju



### Das novellierte Gesetz über Agrarstatistiken

Die politische Vorgabe der Bundesregierung, Statistiken auf das absolut Notwendige zu beschränken und vor allem auch die Auskunftspflichtigen zu entlasten, führte 1995 und 1996 zu einer erneuten und diesmal recht umfassenden Programmüberprüfung in der deutschen Agrarstatistik. Die Ergebnisse lassen sich unter folgenden Gesichtspunkten zusammenfassen:

- Vereinheitlichung und Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen
- Verlängerung der Periodizität von Erhebungen
- Einstellung von Statistiken
- Streichung von Erhebungsmerkmalen
- Zusammenlegung von Statistiken
- Nutzung von Verwaltungsdaten

Die Agrarstatistiken, wie sie im Agrarstatistikgesetz angeordnet werden, erfüllen größtenteils auch den Datenbedarf der Europäischen Union (EU). Einige der Änderungsvorschläge setzten daher die Zustimmung der EU voraus. Da dies eine gewisse Zeit in Anspruch nahm, erfolgte die rechtliche Umsetzung der Reform in mehreren Schritten. Die Neuerungen in ihrer Gesamtheit wurden erst mit dem Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und anderer Gesetze vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1626) vollständig umgesetzt. Gleichzeitig wurden mit diesem Gesetz die Landwirtschaftszählung und die Weinbauerhebung 1999 angeordnet.

#### Vereinheitlichung der unteren Erfassungsgrenzen

Die Agrarstatistik besteht einerseits aus Strukturhebungen, deren Kern die Landwirtschaftszählung und die früher als Agrarberichterstattung bezeichnete Agrarstrukturhebung sind, andererseits aus den Produktionsstatistiken, wie den Bodennutzungserhebungen, der Viehzählung oder der Ernteerhebung. Während sich die Strukturhebungen seit jeher auf Betriebe beschränken, wurden in die Produktionserhebungen neben den Betrieben bisher auch weitere Bewirtschafter von landwirtschaftlich genutzten Flächen und Waldflächen bzw. Viehhalter einbezogen.

§ 91 des Agrarstatistikgesetzes in seiner früheren und heutigen Fassung legt die unteren Erfassungsgrenzen für die Erhebungseinheit Betrieb fest. Sie beliefen sich bislang auf eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von mindestens 1 ha oder auf natürliche Erzeugungseinheiten, die mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen Markterzeugung von 1 ha LF entsprachen, bzw. auf mindestens 1 ha Waldfläche. Als natürliche Erzeugungseinheiten galten beispielsweise wenigstens 8 Rinder oder 8 Schweine oder 50 Schafe oder 30 a Rebfläche oder 30 a Obstflächen.

In die Bodennutzungshaupterhebung wurden neben den Betrieben des § 91 Agrarstatistikgesetz zusätzlich die Bewirtschafter von Gesamtflächen ab 1 ha, sofern diese ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt wurden, sowie die Bewirtschafter sonstiger Flächen, auf denen Reben, Hopfen, Obst, Tabak oder Gemüse zum Verkauf angebaut wurden, einbezogen. Bei der Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung, der Baumschulerhebung sowie der Obstanbauerhebung wurden Bewirtschafter kleinerer Flächen unter der Einschränkung, dass die erzeugten Produkte zum Verkauf bestimmt waren, berücksichtigt. Die Viehzählung erfasste zusätzlich kleinere Bestände außerhalb des Erhebungsbereichs der Strukturhebungen.

Die unterschiedlichen Erhebungs- und letztlich auch Darstellungsbereiche der Struktur- und Produktionsstatistiken führten dazu, dass zu gleichen Sachverhalten unterschiedliche Zahlen vorlagen. Dies konnte vielen Konsumenten nur schwer vermittelt werden. Das folgende Beispiel verdeutlicht die Problematik: Die landwirtschaftlich genutzte Fläche im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung 1995 betrug knapp 721 000 ha. Die 43 700 landwirtschaftlichen Betriebe und 6 900 Forstbetriebe der Agrarberichterstattung 1995 verfügten dagegen nur über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von gut 717 000 ha. Die sonstigen Erhebungseinheiten außerhalb des Darstellungsbereichs „Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe“ trugen somit knapp 4 000 ha zu dem mit der Bodennutzungshaupterhebung ermittelten Produktionsumfang bei. Diese 4 000 ha entfielen allerdings auf 7 500 Bewirtschafter.

Es lag deshalb nahe, zu prüfen, ob auf die Einbeziehung der sonstigen Einheiten in die Produktionsstatistiken verzichtet werden kann. Die weiteren Untersuchun-



Erfassungsgrenzwerte für die Erhebungseinheit „Betrieb“ nach § 91 des Gesetzes über Agrarstatistiken (AgrStatG) vor und nach der Novellierung

Bisherige Grenzwerte	Zukünftige Grenzwerte
Unveränderte Grenzwerte	
<b>mindestens</b> 1 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche <b>oder</b> 1 ha Waldfläche	<b>mindestens</b> 2 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche <b>oder</b> 10 ha Waldfläche
<div>8 Rinder 8 Schweine 200 Legehennen 200 Junghennen 200 Schlacht-, Masthähne, -hühner und sonstige Hähne 200 Gänse, Enten und Truthühner 30 a Obstfläche 30 a Hopfen 30 a Tabak 30 a Baumschulen 30 a Gemüseanbau im Freiland</div>	
50 Schafe 30 a Rebfläche 10 a Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland 1 a Gemüse unter Glas 1 a Blumen und Zierpflanzen unter Glas 1 a Heil- und Gewürzpflanzen 1 a Gartenbausämereien	20 Schafe 30 a bestockte Rebfläche 30 a Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland 3 a Gemüse unter Glas 3 a Blumen und Zierpflanzen unter Glas 30 a Heil- und Gewürzpflanzen 30 a Gartenbausämereien

gen hierzu bestätigten, dass die Flächenbewirtschafter und Viehhalter, die nicht zu den landwirtschaftlichen Betrieben und Forstbetrieben gehören, nur einen ganz geringen Anteil am Produktionspotential haben. Da sie jedoch einen beachtlichen Teil der Auskunftspflichtigen darstellen, wird durch den Verzicht auf die Einbeziehung der sonstigen Einheiten eine große Entlastung für die Auskunftspflichtigen bei einem gleichzeitig geringen Informationsverlust erreicht. Durch diese Vorgehensweise ist auch sichergestellt, dass es zukünftig keine unterschiedlichen Flächen- oder Viehbestandsangaben zwischen den Produktions- und den Strukturstatistiken mehr geben wird.

Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen

Neben der Vereinheitlichung der Erfassungsgrenzen zwischen den Struktur- und Produktionsstatistiken wurde eine Anhebung der Erfassungsgrenzen für landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe geprüft. Dazu wurden umfangreiche Untersuchungen vorgenommen. Ziel war es, die Erfassungsgrenzen so weit anzuheben, dass noch mindestens 99 % des Standarddeckungsbeitrages des bisherigen Erhebungsbereiches erfasst werden. Die Untersuchungen zeigten, dass die Vorgabe durch eine Verdoppelung der Erhebungsgrenze für die landwirtschaftlich genutzte Fläche von 1 auf 2 ha und eine Verzehnfachung bei der Waldfläche von 1 auf 10 ha in etwa erfüllt wird. Die bisherigen natürlichen Erzeugungseinheiten wurden darüber hinaus vereinheitlicht. Es gibt zukünftig nur noch eine Erfassungsgrenze für Sonderkulturen (Rebfläche, Obst, Gemüse, Blumen) im Freiland (30 a) und einen Grenzwert für Sonderkulturen

unter Glas (3 a). Die Viehbestandsgrenzen werden mit Ausnahme der Schafe beibehalten. Die Erfassungsgrenze für Schafe, die künftig auch für die Viehzählung gilt, wurde von 50 auf 20 Schafe reduziert, um einen zu großen Informationsverlust zu vermeiden.

Durch den Wegfall der Einheiten, die keine landwirtschaftlichen Betriebe oder Forstbetriebe sind, sowie die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen wird zukünftig bundesweit knapp 1 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche weniger erfasst. Während es beim Dauergrünland etwa 1,7 % sein dürften, sind es beim Ackerland nur 0,3 %. Die Waldfläche wird wegen der deutlichen Anhebung der unteren Erfassungsgrenze um mehr als 5 % niedriger liegen. Im Bereich der Viehhaltung werden jeweils gut 1 % der Rinder und Schweine weniger erfasst. Beim Geflügel werden es etwa 4 % sein. Einen großen Rückgang wird es bei der Zahl der Pferde geben, da künftig Freizeit- und Hobbyreiter keine Berücksichtigung mehr finden.

Verlängerung der Periodizität

Weitere Entlastungen werden durch die Verlängerung der Periodizität von Erhebungen erzielt. So wurde der Erhebungsturnus bei der Feststellung der betrieblichen Einheiten, die Teil der Bodennutzungshaupterhebung ist, der Baumschulerhebung, der Erhebung der Holzerzeugung und -bearbeitung sowie der Düngemittelstatistik verlängert. Die Feststellung der betrieblichen Einheiten findet künftig nur noch alle zwei Jahre statt. Diese Erhebung dient in erster Linie der laufenden



Erhebungseinheiten ausgewählter Agrarstatistiken vor und nach der Novellierung des Gesetzes  
über Agrarstatistiken

Bisherige Erhebungseinheiten	Zukünftige Erhebungseinheiten
<b>Unveränderte Erhebungseinheiten</b>	
<b>Bodennutzungshaupterhebung</b>	
Betriebe nach § 91 AgrStatG	
Flächen eines Bewirtschafters von zusammen mindestens 1 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden	
Sonstige Flächen, auf denen Reben, Hopfen, Tabak, Heil- und Gewürzpflanzen, Obst, Gemüse, Zierpflanzen oder Baumschulerzeugnisse für den Verkauf angebaut werden	
<b>Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung</b>	
Betriebe nach § 91 AgrStatG mit Flächen, auf denen Gemüse, Erdbeeren, Zierpflanzen oder deren jeweilige Jungpflanzen zum Verkauf angebaut werden	
Sonstige Flächen, auf denen Gemüse, Erdbeeren oder Zierpflanzen für den Verkauf angebaut werden	
<b>Baumschulerhebung</b>	
Betriebe nach § 91 AgrStatG mit Flächen, auf denen Baumschulgewächse herangezogen werden, mit Ausnahme von Pflanzgärten in Forstbetrieben	
Sonstige Flächen, auf denen Baumschulgewächse herangezogen werden	
<b>Obstanbauerhebung</b>	
Erhebungseinheiten nach § 91 AgrStatG mit Baumobstflächen, soweit sie zusammen mindestens 15 a betragen und das auf dieser Fläche angebaute Obst oder die daraus hergestellten Erzeugnisse zum Verkauf bestimmt sind	
Sonstige Baumobstflächen eines Bewirtschafters, soweit sie zusammen mindestens 15 a betragen und das auf dieser Fläche angebaute Obst oder die daraus hergestellten Erzeugnisse zum Verkauf bestimmt sind	
<b>Viehzählung</b>	
Erhebungseinheiten nach § 91 AgrStatG, soweit dort Rinder, Schweine, Schafe, Pferde oder Geflügel gehalten werden	Erhebungseinheiten nach § 91 AgrStatG
Sonstige Bestände mit 1 Rind oder 1 Zuchtschwein, 3 anderen Schweinen, 3 Schafen, 2 Pferden oder 20 Stück einer Geflügelart	
<b>Agrarberichterstattung (Agrarstrukturhebung) / Haupterhebung der Landwirtschaftszählung</b>	
Erhebungseinheiten nach § 91 AgrStatG	

Aktualisierung der Grundgesamtheit aller Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und damit auch zur laufenden Führung des Betriebsregisters Landwirtschaft.

Die durch die Periodizitätsverlängerung entstehende Informationslücke wird geschlossen, indem zukünftig die statistischen Landesämter auf die Register der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Berufsgenossenschaften zurückgreifen können. Darüber hinaus bietet

die ebenfalls neu geschaffene Zugriffsmöglichkeit auf die bei der Agrarverwaltung vorliegenden Angaben, die im Weiteren noch näher erläutert werden soll, gute Möglichkeiten zur Aktualisierung des Betriebsregisters. Die Periodizitätsverlängerung entlastet vor allem die Auskunftspflichtigen und die Erhebungsstellen. In den statistischen Ämtern dürfte es in den ersten Jahren nicht zu Einsparungen kommen, da für die Zugriffe auf die Register Programme zu erstellen sind und die von den



Registern gelieferten Anschriften überprüft werden müssen. Erst wenn sich das Verfahren etabliert hat, dürfte es auch in den statistischen Landesämtern Erleichterungen geben.

Die Entlastungen durch die Periodizitätsverlängerungen sind bei den übrigen Erhebungen geringer, da nur vergleichsweise wenige Einheiten befragt bzw. die Daten sekundärstatistisch gewonnen werden. Der Erhebungssturnus der Baumschulerhebung, bei der in Rheinland-Pfalz weniger als 200 Betriebe befragt werden, wurde von zwei auf vier Jahre verlängert und entspricht jetzt dem der allgemeinen Gemüseanbauerhebung und der Zierpflanzenerhebung. Die Holzstatistiken (Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben, Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung) werden nunmehr halbjährlich aufbereitet.

### **Einstellung von Statistiken**

Aus dem Programm der amtlichen Agrarstatistik wurden die Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen und die Hopfenanbauerhebung gestrichen. Unter dem Gesichtspunkt der Einsparung hat in Rheinland-Pfalz die Einstellung der Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen die größere Bedeutung. Die Erhebung diente der Ergänzung der Agrarfachstatistiken und wurde monatlich vom Statistischen Landesamt durchgeführt. Sie erfasste landesweit zuletzt etwa 240 Betriebe. Das Fragenprogramm sah beispielsweise Fragen über Zu- und Verkäufe, Vorräte, den geplanten Anbau, die Milchverwendung oder die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte vor. Da die Aussagekraft der auf freiwilliger Basis erhobenen Angaben wegen der ständig gesunkenen Zahl der beteiligten Betriebe nicht mehr gewährleistet war und der entstehende Informationsverlust im Wesentlichen durch die Nutzung alternativer Quellen ausgeglichen werden konnte, bestand keine Veranlassung mehr, die Erhebung weiterzuführen. Die Fragen über den geplanten Anbau von Feldfrüchten, die Vorräte und die Milchverwendung wurden in die Ernteberichterstattung integriert, die jetzt als Ernte- und Betriebsberichterstattung bezeichnet wird. Die Hopfenanbauerhebung hatte in Rheinland-Pfalz wegen der geringen Zahl von auskunftspflichtigen Betrieben seit jeher keine Bedeutung.

### **Änderungen in den Merkmalprogrammen**

Die Merkmalprogramme der einzelnen Erhebungen wurden ebenfalls einer kritischen Prüfung unterzogen, um einem veränderten Datenbedarf gerecht zu werden. Neben Streichungen ganzer Merkmalkomplexe wurden andere Komplexe gestrafft und einige wenige Merkmale, die erst in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben, neu aufgenommen. Im Bereich der Produktionsstatistiken erfolgten nur geringfügige Streichungen in den Merkmalprogrammen. Das Merkmal „Art der Bewirtschaftung“ wurde in das Programm der Bodennutzungshaupterhebung neu aufgenommen. Hierdurch können künftig die ökologisch wirtschaftenden Betriebe identifiziert und Daten für diese Betriebe getrennt aufbereitet werden. Die größten Veränderungen wurden im Bereich der Strukturhebungen vorge-

nommen. Wesentliche Änderungen im Merkmalprogramm der Agrarberichterstattung, die zukünftig als Agrarstrukturhebung bezeichnet wird, werden im Folgenden aufgezeigt.

Die Agrarberichterstattung umfasste bisher ein Grund-, Ergänzungs- und Zusatzprogramm. Im Rahmen des Grundprogramms wurde keine eigenständige Erhebung in den landwirtschaftlichen Betrieben und Forstbetrieben durchgeführt, sondern auf die Angaben zur Bodennutzungshaupterhebung, Viehzählung und Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft zurückgegriffen. Das Merkmalprogramm der Arbeitskräfteerhebung wurde in das Ergänzungsprogramm der künftigen Agrarstrukturhebung integriert, da ihr Erhebungssturnus bereits 1993 dem der Agrarberichterstattung (Agrarstrukturhebung) angeglichen worden war. Die Erfassungsbereiche waren schon immer identisch.

Die Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft erfragte bisher auf repräsentativer Basis z.B. Angaben über die Beschäftigung im Betrieb und Haushalt sowie eine andere Erwerbstätigkeit, ferner Angaben über das Geschlecht und das Alter der in den Betrieben lebenden Personen. In den Jahren mit einer Landwirtschaftszählung wurde die Erhebung allgemein, d. h. in allen landwirtschaftlichen Betrieben und Forstbetrieben, durchgeführt. Mit der jetzt erfolgten Übernahme in das Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturhebung war auch eine Straffung der Merkmalgliederungen verbunden. Ab dem Jahr 1999 sind nur noch Angaben zu den im Betrieb Beschäftigten und deren Arbeitsleistung sowie zu der Ehegattin bzw. dem Ehegatten der Betriebsinhaber und -inhaberinnen zu machen. Angaben zu Kindern und den auf dem Betrieb lebenden, aber nicht arbeitenden Personen werden nicht mehr gefordert. Damit wird aber auch das bisherige Konzept der Einheit von Betrieb und Haushalt in der Landwirtschaft aufgegeben. Dies ist jedoch vertretbar, da aufgrund des gesellschaftlichen Wandels auf vielen Betrieben ein vom Betriebshaushalt getrennter oder mehrere davon getrennte Haushalte existieren. Darüber hinaus sind immer mehr Familienangehörige nicht mehr mit betrieblichen Arbeiten befasst.

Für alle Betriebe lagen bisher Daten über Arbeitskräfte nur in den Jahren mit einer Landwirtschaftszählung vor. Um zukünftig in kürzeren Zeitabständen Angaben über die Zahl der Arbeitskräfte für alle Betriebe zu bekommen, wurde beschlossen, beginnend mit dem Jahr 1999 die Arbeitskräfte alle vier Jahre allgemein zu erfassen. Der Nachweis beschränkt sich allerdings auf die Zahl der Arbeitskräfte nach Personen- und Beschäftigtengruppen. Die Erhebung detaillierter Daten über die Arbeitskräfte (z. B. Geschlecht und Alter) erfolgt wie bisher in jedem Berichtsjahr nur für eine repräsentative Auswahl von Betrieben.

Durch die allgemeine Erhebung kann einmal der Bedarf an regionalen Daten über die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft erfüllt und zum anderen bei der sozialökonomischen Betriebstypisierung (Haupterwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe) der Arbeitseinsatz als Kriterium berücksichtigt werden. Die sozialökonomische Betriebstypisierung basierte bisher ausschließlich auf der an die Betriebsinhaber und ihre Ehegatten gerichteten Frage nach dem Verhältnis von betrieblichem Ein-



kommen zum außerbetrieblichen Gesamteinkommen. Im Gegensatz dazu stand das Vorgehen des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten (BML) bei der jährlichen Auswertung der Buchführungsabschlüsse landwirtschaftlicher Betriebe für den Agrarbericht. Das BML berücksichtigte nämlich sowohl das Verhältnis des betrieblichen Einkommens zum außerbetrieblichen Erwerbseinkommen als auch den Arbeitsbedarf. Die Ergebnisse über die Zahl der Haupterwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe aus dieser Auswertung wichen dadurch von denen der Agrarberichterstattung ab. Der Bundesrat hatte aus diesem Grund die Bundesregierung gebeten, die Definitionen anzugleichen, um zukünftig vergleichbare Ergebnisse zu erhalten. Der von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe erarbeitete Vorschlag für eine Definition der sozialökonomischen Betriebstypen, die nunmehr einheitlich verwendet werden soll, sieht vor, sowohl das Gesamteinkommen als auch den Arbeitsbedarf zu berücksichtigen.

Das bisherige Merkmalprogramm des Ergänzungsprogramms wurde auch im Hinblick auf aktuelle Fragestellungen überarbeitet. So genügten die bisherigen Erhebungsinhalte zur Buchführung nicht mehr den heutigen Anforderungen. Sie sind durch Merkmale zur Gewinnermittlung und Umsatzbesteuerung ersetzt worden. Damit können erstmals Fragen über den Umfang der verschiedenen Gewinnermittlungsarten (Buchführung, Durchschnittssätze) und die Bedeutung der Vorsteuerpauschalierung beantwortet werden. Die Merkmale über die Ausstattung mit Maschinen und den Maschineneinsatz wurden gestrichen. Sie waren seinerzeit auf Anforderung der EU aufgenommen worden und konnten, nachdem sie nicht mehr obligatorisch gefordert sind, entfallen.

Das Zusatzprogramm bot die Möglichkeit, Angaben über die vertraglichen Bindungen beim Absatz von Erzeugnissen, die Mitgliedschaft in sozialen Sicherungssystemen und die Inanspruchnahme der Produktionsaufgabenernte sowie die Art und den Wirtschaftszweig einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit zu erheben. Die Befragung konnte vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates angeordnet werden. Von dieser Möglichkeit war jedoch in den letzten Jahren kein Gebrauch gemacht worden. Das Zusatzprogramm wurde aus diesem Grund im Rahmen der Novellierung vollständig gestrichen.

### **Einführung der Integrierten Erhebung**

Die im zweijährigen Turnus stattfindende Agrarberichterstattung wurde 1975 als Ergänzung zu den etwa alle zehn Jahre durchzuführenden Landwirtschaftszählungen eingeführt. Wie bereits dargestellt, wurden im Rahmen des Grundprogramms der Agrarberichterstattung die Angaben der Betriebe zur Bodennutzungshaupterhebung, Viehzählung und Arbeitskräfteerhebung übernommen. Die Auskunftspflichtigen erhielten im Rahmen der Agrarberichterstattung nur einen Erhebungsbogen mit den Fragen des Ergänzungs- und gegebenenfalls des Zusatzprogramms. Die Angaben

zu den einzelnen Erhebungen wurden mit Hilfe der Betriebsnummer zusammengeführt und die Ergebnisse im betrieblichen Zusammenhang dargestellt.

Da die Erhebungen jedoch teilweise zu unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten stattfanden und die Erfassungsbereiche unterschiedlich waren, kam es immer wieder zu Problemen bei der Zusammenführung der Angaben. Das Problem trat besonders bei den Viehzählungsdaten auf. Die allgemeine Viehzählung fand alle zwei Jahre im Dezember statt. Im Mai des Folgejahres wurden dann die Merkmale zur Bodennutzungshaupterhebung, zur Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft und zum Ergänzungsprogramm der Agrarberichterstattung erhoben. Insbesondere auslaufende Betriebe verfügten im Dezember noch über Viehbestände und meldeten dann im Rahmen der Feststellung der betrieblichen Einheiten bei der Bodennutzungshaupterhebung die Betriebsaufgabe.

Das Vorgehen der Zusammenführung von Daten, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben werden, war seinerzeit bewusst gewählt worden, um die Arbeitsbelastung in den statistischen Landesämtern und den Erhebungsstellen gleichmäßiger über das Jahr zu verteilen und die Ergebnisse frühzeitig bereitstellen zu können. Nachdem sich in den vergangenen Jahrzehnten die Zahl der Auskunftspflichtigen deutlich verringerte und heute neue technische Möglichkeiten zur Durchführung und Aufbereitung statistischer Erhebungen zur Verfügung stehen, hatten die statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt schon vor der jüngsten Überprüfung der Agrarstatistik neue Wege einer effektiveren Durchführung der Erhebungen untersucht. Die Überlegungen sahen die zeitgleiche Erhebung der Angaben zur Bodennutzungshaupterhebung, der Viehzählung und der Agrarberichterstattung vor. Das erarbeitete Konzept wurde als Vorschlag für eine „Integrierte Erhebung“ in die Diskussion um die Reduzierung des statistischen Programms eingebracht.

Das Konzept findet erstmals bei der Agrarstruktur-erhebung / Landwirtschaftszählung 1999 Anwendung. Die Auskunftspflichtigen brauchen zukünftig in der Regel nur noch einmal im Jahr statistische Angaben zu machen. Lediglich wenn ein Auskunftspflichtiger Vieh hält oder Gemüse anbaut, kann er noch einmal einen Erhebungsbogen im Rahmen der repräsentativen Viehzählung zum 3. November oder der repräsentativen bzw. allgemeinen Gemüseanbauerhebung erhalten. Dies betrifft bei der Viehzählung zum 3. November etwa 3 000 und bei der repräsentativen oder allgemeinen Gemüseanbauerhebung rund 700 bzw. 1 500 Auskunftspflichtige. Betriebe können ebenfalls ein zweites Mal einen Erhebungsbogen erhalten, wenn sie in die im mehrjährigen Turnus stattfindende Obstanbauerhebung, Zierpflanzenerhebung oder Baumschulerhebung einzubeziehen sind.

Die Erhebungsstellen erfahren durch die Einführung der Integrierten Erhebung eine deutliche Entlastung bei der Durchführung statistischer Erhebungen, da sie – abgesehen von den oben beschriebenen Aus-



nahmen – nur noch einmal im Jahr an die Betriebe herantreten müssen. Verbunden mit der Integrierten Erhebung ist auch eine Neukonzeption der Erhebungsbogen. Bisher wurde jede Erhebung mit einem eigenständigen Erhebungsbogen durchgeführt, für die integrierte Erhebung werden die verschiedenen Fragen auf einem mehrseitigen Erhebungsbogen zusammengeführt. Damit ist nur noch für einen Erhebungsbogen eine Eingangskontrolle durchzuführen. In den Jahren der Integrierten Erhebung, in denen keine Agrarstrukturerhebung stattfindet, sind nur eine Viehzählung und die Bodennutzungshaupterhebung Bestandteil des Erhebungsbogens.

### Reduzierung der Zahl der Viehzählungen

Das bisherige Konzept der Viehzählungen sah alle zwei Jahre im Dezember eine allgemeine Erhebung der Pferde, Rinder, Schafe, Schweine und des Geflügels vor. In den Zwischenjahren erfolgte nur eine repräsentative Erhebung der Rinder, Schweine und Schafe. Die jahreszeitlichen Schwankungen wurden mit Hilfe der im Laufe des Jahres vorgesehenen Viehzwischenzählungen für Schweine (April und August) sowie für Rinder und Schafe (Juni) abgebildet. Das Konzept erfüllte auch die von der EU erlassenen Vorschriften über Viehbestandserhebungen. Die Daten sind u.a. Grundlage für Prognosen über die Entwicklungen auf den Vieh- und Fleischmärkten.

Durch die Einführung der Integrierten Erhebung musste das Viehzählungskonzept überarbeitet werden. Der Termin für die bisher im Dezember durchgeführte Erhebung wurde auf den Mai verschoben. Die Viehzwischenzählungen vom April, Juni und August entfallen bzw. werden durch eine Erhebung im November ersetzt, wobei nur noch die Zahl der Rinder und Schweine erhoben wird.

Die Häufigkeit der Viehzählungen ist durch das neue Konzept mit Zustimmung der EU-Kommission von vier auf zwei halbiert worden. Für die Beurteilung der Entwicklungen auf den Vieh- und Fleischmärkten werden neue Prognosemodelle entwickelt, die es ermöglichen, auch mit der verringerten Zahl an Viehzählungen verlässliche Ergebnisse zu erstellen.

### Nutzung von Verwaltungsdaten

Eine weitere Möglichkeit, Auskunftspflichtige zu entlasten und die Ergebnisse effektiver und rationeller bereitzustellen, ist die Nutzung von Verwaltungsdaten. Im Bereich der Weinstatistiken (Rebflächenerhebung, Ernteerhebung, Erhebung der Erzeugung, Bestandserhebung) und der Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben wird die Möglichkeit in Rheinland-Pfalz bereits seit mehreren Jahren erfolgreich genutzt. Grundlage hierfür sind die umfangreichen Datenbestände der von

der Landwirtschaftskammer geführten EG-Weinbaukartei und die Verwaltungsdaten des Ministeriums für Umwelt und Forsten. Ergebnisse für Zwecke der Weinbauerhebung werden mit Ausnahme einiger Merkmale zukünftig ebenfalls sekundärstatistisch aufbereitet.

Die Nutzung von Verwaltungsdaten hat in den letzten Jahren auch im Bereich der Bodennutzung und Viehzählung an Bedeutung gewonnen. Im Zuge der Agrarreform von 1992 wurde in wichtigen Agrarbereichen (Getreide, Ölfrüchte) die bis dahin verfolgte Steuerung der Agrarmärkte über die Preise auf ein System direkter Beihilfen umgestellt. Die Agrarverwaltung errichtete zur Gewährung und Kontrolle der Beihilfen das Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS). InVeKoS beinhaltet im Kern ein Datenbanksystem zur Identifikation landwirtschaftlicher Nutztiere und landwirtschaftlich genutzter Flächen. Die von den Agrarverwaltungen der Länder aufgebauten Datenbestände sind leider nicht bundesweit abgestimmt worden, so dass jedes Bundesland einen eigenen Katalog verwendet. Eine Abstimmung mit der amtlichen Statistik erfolgte ebenfalls nicht.

In Rheinland-Pfalz ist eine weitgehende Übereinstimmung der Merkmalkataloge im Bereich der Bodennutzung gegeben<sup>1)</sup>. Die Daten der Agrarverwaltung wurden daher ebenso wie in Bayern zunächst mit Zustimmung der betroffenen Betriebsinhaber frühzeitig genutzt. Einige weitere Bundesländer, bei denen ebenfalls eine weitgehende Übereinstimmung vorliegt, streben nicht zuletzt im Interesse der Auskunftspflichtigen eine Nutzung der Datenbestände an. Das novellierte Agrarstatistikgesetz erleichtert die sekundärstatistische Auswertung jetzt durch eine rechtliche Grundlage für die Nutzung der Verwaltungsdaten und ermöglicht auch die Aufnahme der Identifikationsnummer des Unternehmens, unter der es bei der Agrarverwaltung geführt wird, in das Betriebsregister Landwirtschaft. Die Zuordnung der von der Agrarverwaltung übernommenen Daten zu dem Betrieb der Statistik ist hierdurch leichter möglich. Da nicht für alle Auskunftspflichtigen Daten aus InVeKoS übernommen werden können, erfolgt weiterhin auch eine Erhebung. Dies bedeutet einen etwas erhöhten Aufwand für das Statistische Landesamt, da die Datenbestände aus der Erhebung und der Datenübernahme zusammengeführt und aufeinander abgestimmt werden müssen. Dem gegenüber steht jedoch eine deutliche Entlastung der Auskunftspflichtigen.

### Landwirtschaftszählung 1999

Mit der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes wurde auch die Gelegenheit ergriffen, für das Jahr 1999 wieder eine Landwirtschaftszählung anzuordnen. Landwirtschaftszählungen finden etwa im zehnjährigen Turnus statt. Der Erhebungsturnus entspricht auch einer Empfehlung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Wegen der Vielseitigkeit der Produktionsverhältnisse besteht die Landwirtschaftszählung aus einer Haupterhebung, einer Weinbauerhebung, einer Gartenbauerhebung und einer Binnenfischereierhebung. Während sich die

1) Das rheinland-pfälzische Verfahren ist ausführlich in Breitenfeld, Jörg: Übernahme von Verwaltungsdaten aus dem integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) für Zwecke der Bodennutzungshaupterhebung in Rheinland-Pfalz, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 3/1997, S. 67 ff., beschrieben worden.



Haupterhebung an alle landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe richtet, werden in die übrigen Erhebungen nur bestimmte Betriebsgruppen einbezogen. Die Haupterhebung wird 1999, wie schon 1979 und 1991, zusammen mit einer allgemeinen Agrarstrukturerhebung durchgeführt. Die Änderungen im Merkmalprogramm der Agrarstrukturerhebung gelten damit auch für die Haupterhebung 1999.

Das Merkmalprogramm der Haupterhebung geht jedoch über das der Agrarstrukturerhebung hinaus. Es ist gegenüber 1991 allerdings gekürzt worden. Die Merkmale über die Referenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung, die Zahl der Übernachtungen bei den Vermietungen von Unterkünften an Ferien- oder Kurgäste, die überbetrieblichen Bindungen sowie der Absatz von Erzeugnissen werden nicht mehr erfragt.

### Neukonzeption der Weinbauerhebung

Eine weitere Entlastung der Auskunftspflichtigen und der Erhebungsstellen wird die Neukonzeption der Weinbauerhebung und die mit ihr verbundene Grunderhebung über die Rebflächen nach EU-Recht bringen. Hiervon wird besonders auch Rheinland-Pfalz als größtes weinbaureichste Bundesland profitieren. Die Weinbauerhebungen finden alle zehn Jahre statt und stellen die einzige Erhebung dar, aus der sehr differenziert die betrieblichen Verhältnisse im Weinbau (Eigentums- und Pachtverhältnisse, sozialökonomische Verhältnisse des Betriebes, Arbeitskräfte etc.) und deren Veränderung beurteilt werden können.

Grundgedanke bei der Neukonzeption war, dass mit der primär für Verwaltungszwecke aufgebauten Weinbaukartei und der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung bereits umfangreiche Daten für die Weinbaubetriebe vorliegen. Für die Grunderhebung sind betriebsbezogene Ergebnisse über die mit Keltertraubensorten bestockten Rebflächen, die Sorten und das Alter der Rebflächen an das Statistische Amt der EG zu liefern. Diese Daten sind Bestandteil der Weinbaukartei, so dass die geforderten Auswertungen ohne eine aufwendige Erhebung bei den Auskunftspflichtigen erstellt werden können. Die Europäische Kommission hat bereits ihre Zustimmung zu dem geplanten Vorgehen signalisiert.

Für die Weinbauerhebung werden im Wesentlichen nur die im Rahmen der Landwirtschaftszählung für die Weinbaubetriebe erhobenen Daten übernommen. Auf die Erhebung spezieller Fragen zum Weinbau wird mit Ausnahme von solchen über die Vermarktung der Weinbauerzeugnisse verzichtet. Die wenigen Fragen werden auf dem Erhebungsbogen der Landwirtschaftszählung erfragt. Auf die Organisation und Durchführung einer eigenständigen Weinbauerhebung, wie sie noch Anfang 1990 notwendig war, kann durch dieses Konzept verzichtet werden. Dies dürfte vor allem die Winzer und Winzerinnen sowie die Erhebungsstellen in den Weinbaugemeinden deutlich entlasten.

### AGRA, ein neues Aufbereitungsverfahren

Neben den Einsparungen, die durch die Straffungen im Erhebungsprogramm erzielt werden können, ergeben sich auch bei der Durchführung und Aufbereitung der Erhebungen noch Rationalisierungsmöglichkeiten. Die Agrarstatistik hat mit der kürzlich erfolgten Einführung eines Onlineverfahrens mit Namen AGRA hier zu einem effizienteren Ressourceneinsatz beigetragen. Während bisher für die Bodennutzungshaupterhebung, die Viehzählung und die Agrarstrukturerhebung getrennte Aufbereitungsprogramme eingesetzt werden mussten, leistet AGRA die gemeinsame Aufbereitung über wesentlich vereinfachte Programmstrukturen. Gegenüber der früher üblichen Batch-Verarbeitung konnte durch den Wegfall von Arbeitsgängen die Aufbereitungszeit verkürzt werden. Das Verfahren ermöglicht im Dialog die fehlerfreie und vollständige Erstellung der Einzeldatensätze. Eckzahlen und Vorabtabellen werden ebenfalls über AGRA erstellt. AGRA hat aufgrund der größeren Eigenständigkeit und Verantwortung für den Ablauf und die Durchführung der Erhebung auch zu einem Motivationsschub bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt. Hinzu kommt, dass die Daten nunmehr wesentlich besser als früher im betrieblichen Zusammenhang geprüft werden können.

Die statistischen Landesämter setzten das Verfahren AGRA erstmals zur Aufbereitung der Agrarberichterstattung 1997 ein. Trotz der Probleme, die mit der Einführung eines neuen und komplexen Verfahrens verbunden waren, konnten die Ergebnisse zeitnäher erstellt werden. Nachdem nunmehr erste Erfahrungen mit AGRA vorliegen, werden zukünftig die Ergebnisse noch schneller bereitgestellt werden können. Bei der Entwicklung von AGRA ist auch darauf geachtet worden, dass es ohne größeren Aufwand für die Aufbereitung der neuen Integrierten Erhebung eingesetzt werden kann. Die weiteren Entwicklungsarbeiten beschränken sich dementsprechend darauf, die durch die Novellierung des Agrarstatistikgesetzes und die Anordnung der Landwirtschaftszählung neuen Anforderungen in AGRA zu realisieren.

### Fazit

Im Bereich der amtlichen Agrarstatistik werden zukünftig bundesweit schätzungsweise rund 300 000 bisher Auskunftspflichtige nicht mehr erfasst. Für die verbleibenden 550 000 landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe wird der Aufwand durch ein verkleinertes Merkmalprogramm und die integrierte Erhebung deutlich geringer. Die Agrarstatistik hat mit der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes erhebliche Vereinfachungen ermöglicht und gleichzeitig das Fragenprogramm an aktuelle Bedürfnisse angepasst. Weitere größere Einsparungen dürften wegen der Vorgaben der EU für eine europaweit harmonisierte Agrarstatistik zurzeit kaum möglich sein. Das agrarstatistische System der Europäischen Gemeinschaften setzt enge Grenzen für die Änderung nationaler statistischer Erhebungskonzepte.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld



# Baulandverkäufe 1997

Durch die stetige Verknappung des Baulandes und die damit einhergehende Verteuerung gewinnen Informationen über die Baulandpreise und ihre preisbestimmenden Faktoren an Bedeutung. In den letzten Jahren haben sich die Preise für Bauland zu einem immer wichtigeren Wirtschaftsindikator entwickelt, der nicht unerhebliche Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Verlauf – insbesondere in der Bausparte – hat und dessen Veränderung von Wirtschaftsexperten, Banken und Verwaltungen interessiert beobachtet wird.

Rechtsgrundlage für die statistische Erfassung der Baulandpreise ist das Gesetz über die Preisstatistik<sup>1)</sup>. Neben der Statistik der Kaufwerte für Bauland werden seit 1974 auch die Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz erfaßt.

## Methodische Grundlagen

In der Statistik der Kaufwerte für Bauland werden seit Anfang der 60er-Jahre Veräußerungsfälle von unbebautem Bauland statistisch erfaßt und ausgewertet; hierbei werden nur Grundstücke mit 100 und mehr Quadratmeter Fläche berücksichtigt. Bis einschließlich 1981 waren die Finanzämter des Landes auskunftspflichtig. Seit 1982 sind in Rheinland-Pfalz nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport und des Ministeriums der Finanzen vom 29. November 1993 (Min.BI. S. 533) die Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für die Grundstücksbewertung vierteljährlich meldepflichtig. Sie sind den Kataster- und Stadtvermessungsämtern der Landkreise und kreisfreien Städte zugeordnet. Die entsprechenden Informationen erhalten diese Ausschüsse durch die von den Notaren zugeleiteten Veräußerungsanzeigen. Früher erfolgte die Datenlieferung je Veräußerungsfall auf einem Erhebungsvordruck, heute werden die Angaben per Diskette dem Statistischen Landesamt übermittelt.

Gemäß den Richtlinien über die Wertermittlung von Grundstücken und mithilfe der von den Gemeinden erstellten Bauleit- und Bebauungspläne werden in der Statistik verschiedene Arten von Bauland unterschieden, deren Kriterien im Folgenden genannt werden.

## Baureifes Land

Dies sind unbebaute Grundstücke, die in der Regel in einem Bebauungsplan als Bauland festgesetzt sind. Sie müssen durch Verkehrsanlagen und Versorgungseinrichtungen in ortsüblicher Weise ausreichend erschlossen sein, so dass eine Bebauung sofort möglich ist. So weit ein Bebauungsplan noch nicht aufgestellt ist, gelten Grundstücke als baureif, wenn sie zum einen durch Verkehrsanlagen und Versorgungseinrichtungen für die

Bebauung in ortsüblicher Weise erschlossen sind, zum anderen nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und aufgrund der geordneten baulichen Entwicklung der Gemeinde unmittelbar zur Bebauung anstehen.

## Rohbauland

Dies sind unbebaute Grundstücke, die noch nicht in ortsüblicher Weise ausreichend erschlossen sind, aber im Baugebiet liegen und in absehbarer Zeit bei einer geordneten baulichen Entwicklung der Gemeinde zur Erschließung und Bebauung anstehen. Als Rohbauland sind auch land- oder forstwirtschaftlich genutzte Flächen anzusehen, sofern sie dem Grundvermögen zuzurechnen sind und anzunehmen ist, dass sie in absehbarer Zeit, insbesondere als Bauland, Industrieland oder Land für Verkehrszwecke, anderen als land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienen werden.

## Industrieland

Dies sind unbebaute Grundstücke, die im Bebauungsplan als reines Industriegebiet oder Gewerbegebiet ausgewiesen sind. So weit ein Bebauungsplan noch nicht vorliegt, ist für die Einstufung als Industrieland die überwiegende Nutzungsabsicht ausschlaggebend.

## Land für Verkehrszwecke

Dies sind unbebaute Grundstücke, die nur für den öffentlichen Verkehr (Autobahnen, Straßen, Wege, Brücken) genutzt werden sollen. Grundstücke für private Wege, private Parkplätze usw. rechnen hingegen nicht als Land für Verkehrszwecke im Sinne dieser Statistik. Sie sind je nach der Erschließung als baureifes Land oder Rohbauland bzw. bei überwiegend industrieller oder gewerblicher Nutzung als Industrieland anzusehen.

## Freiflächen

Dies sind unbebaute Grundstücke, die sich im Baugebiet der Gemeinde befinden, ohne dass eine Bebauung im üblichen Sinne vorgesehen ist. Es handelt sich hierbei nicht um „freie“ oder „grüne“ Flächen schlechthin, sondern um Parkanlagen, Lager-, Sport-, Spiel- und Zeltplätze usw., die dem öffentlichen Gebrauch dienen. Zu den Freiflächen rechnen hingegen keine land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke, die bereits als Grundvermögen gelten, aber noch land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden.

## Aussagefähigkeit teilweise eingeschränkt

Grundsätzlich sind die ausgewiesenen durchschnittlichen Kaufwerte für einen zeitlichen Vergleich nur bedingt verwendbar, weil die statistischen Massen, aus

1) Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605); zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 26. März 1991 (BGBl. I S. 846).



Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland 1962 - 1997 nach Baulandarten

Jahr	Insgesamt	Baureifes Land	Rohbauland	Industrieland	Land für Verkehrszwecke	Freiflächen
Zahl der Fälle						
1962	12 787	7 474	4 297	395	509	112
1965	12 480	8 115	3 244	452	532	137
1970	12 409	8 446	2 278	670	805	210
1975	12 674	8 694	2 042	310	1 206	422
1976	13 402	9 453	1 986	330	1 308	325
1977	14 301	10 412	2 004	321	1 340	224
1978	16 274	11 693	2 442	366	1 441	332
1979	15 679	10 959	2 520	420	1 450	330
1980	14 381	9 823	2 366	451	1 459	282
1981	11 744	7 896	1 534	328	1 658	328
1982	16 195	7 963	2 044	629	5 254	305
1983	16 768	9 547	1 692	759	4 536	234
1984	15 340	8 125	1 497	841	4 639	238
1985	10 438	6 233	1 170	672	2 110	253
1986	10 762	6 765	993	734	2 034	236
1987	10 164	6 648	774	809	1 634	299
1988	10 830	7 426	817	1 024	1 183	380
1989	11 196	7 843	803	1 143	1 154	253
1990	14 152	9 847	1 252	1 373	1 266	414
1991	13 324	9 015	1 264	1 368	1 249	428
1992	14 093	10 104	1 239	1 296	1 189	265
1993	15 465	11 418	1 622	1 157	1 048	220
1994	16 418	11 800	2 494	754	1 252	118
1995	14 006	9 322	2 252	787	1 520	125
1996	13 470	9 164	1 970	782	1 436	118
1997	13 561	9 590	2 085	710	1 049	127
Fläche in 1000 m <sup>2</sup>						
1962	15 706	6 273	6 475	2 201	597	160
1965	15 411	7 131	5 695	2 012	367	206
1970	14 632	7 181	3 946	2 298	732	475
1975	12 915	6 884	2 768	953	1 635	675
1976	12 096	7 261	2 512	1 017	920	386
1977	12 651	7 872	2 445	985	894	455
1978	15 780	9 469	3 567	1 576	655	513
1979	15 953	9 140	3 777	1 589	829	618
1980	15 169	8 630	3 676	1 904	499	460
1981	11 428	6 581	2 318	1 619	584	326
1982	12 355	5 413	2 430	1 937	2 108	467
1983	14 292	6 671	1 755	2 725	2 739	402
1984	11 920	5 395	1 579	2 586	1 945	415
1985	11 470	4 645	1 838	2 374	2 107	506
1986	12 387	5 029	1 495	2 504	2 872	488
1987	12 977	4 907	1 258	3 086	3 056	671
1988	13 312	5 516	1 145	4 043	1 627	982
1989	13 314	5 951	1 019	4 254	1 485	605
1990	19 269	7 777	1 774	5 610	3 250	857
1991	19 718	7 305	2 053	6 180	3 119	1 062
1992	19 869	8 254	2 404	5 626	2 971	615
1993	21 200	9 364	3 741	6 120	1 650	324
1994	21 519	9 693	7 196	2 582	1 841	208
1995	19 384	7 520	5 181	3 282	3 065	336
1996	18 622	7 130	5 955	2 662	2 567	308
1997	18 569	7 561	5 811	3 074	1 916	207
Kaufwert in DM je m <sup>2</sup>						
1962	8,43	10,77	7,51	5,02	6,79	5,96
1965	12,48	15,66	11,21	6,10	9,15	5,58
1970	17,86	22,34	16,57	9,86	12,18	8,21
1975	26,87	33,67	24,25	17,87	14,06	11,99
1976	31,18	36,68	32,83	14,71	8,06	15,59
1977	34,47	41,68	30,65	19,31	7,87	15,33
1978	37,75	47,65	29,13	15,55	13,42	14,37
1979	42,74	52,73	36,74	24,24	13,75	17,99
1980	44,95	58,58	33,04	20,35	15,09	18,73
1981	49,78	66,18	34,58	24,66	12,86	17,82
1982	44,23	70,48	41,26	20,15	9,80	10,61
1983	49,66	82,91	35,44	25,74	7,72	7,63
1984	48,24	81,50	32,13	23,52	9,29	13,84
1985	42,94	76,25	27,96	25,62	8,62	15,87
1986	43,91	84,27	24,22	23,18	6,38	15,46
1987	46,18	88,73	35,47	29,94	6,49	10,63
1988	52,13	94,11	37,05	26,97	8,08	10,47
1989	56,36	93,65	37,70	31,41	9,01	12,64
1990	54,71	97,12	36,83	36,76	5,23	12,09
1991	52,47	97,58	41,73	32,59	6,19	14,48
1992	55,57	94,33	52,12	31,28	5,24	14,09
1993	62,09	105,07	34,08	30,15	9,44	15,01
1994	69,66	115,52	31,01	53,46	7,89	17,30
1995	61,20	109,72	34,34	48,26	7,04	9,98
1996	71,35	132,84	33,43	59,99	7,81	8,66
1997	73,88	126,12	43,88	47,90	6,93	13,35



denen sie ermittelt werden, sich in jedem Jahr aus anders gearteten Einzelfällen (nicht homogenen Gütern) zusammensetzen. Die Statistik der Kaufwerte für Bauland hat daher mehr den Charakter einer Grundeigentumswechselstatistik als den einer Preisstatistik. Weil sich jedes Grundstück nach Größe, Lage, Verkehrsanbindung usw. von jedem anderen Grundstück unterscheidet und sich alle kauffallspezifischen Eigenschaften auf den jeweiligen Preis auswirken sowie darüber hinaus die Kaufpreise auf dem Grundstücksmarkt einem örtlich und regional sehr unterschiedlichen Angebots- und Nachfrageverhältnis unterliegen, werden aus methodischen Gründen nur durchschnittliche Kaufwerte, nicht jedoch Indizes wie bei den Preisstatistiken errechnet und nachgewiesen. Die Ergebnisse lassen daher nicht die echten Preisveränderungen im Zeitablauf erkennen.

Praxisbezogene Angaben liefern die Gutachterausschüsse. Sie ermitteln Bodenrichtwerte für einzelne Regionen; dabei werden die ursprünglichen Kaufwerte modifiziert. Hierbei werden besonders der Standort des Grundstücks, die Lage, die Beschaffenheit und die Nutzungsmöglichkeit berücksichtigt.

### Fast 1,4 Mrd. DM Umsatz

Im Jahr 1997 sind 13 561 Verkäufe von unbebautem Bauland in Rheinland-Pfalz statistisch erfasst worden. Für einen Betrag von knapp 1,4 Mrd. DM wechselten fast 18,6 Mill. m<sup>2</sup> Boden den Besitzer. Im Vergleich zum Vorjahr sind diese Zahlen nahezu identisch, gegenüber den letzten fünf Jahren sind die Zahl der Kauffälle und die Fläche jedoch rückläufig. 70 % der Kauffälle betrafen baureifes Land, 15 % Rohbauland und knapp 8 % Land für Verkehrszwecke. Auf Industrieland und Freiflächen entfielen Quoten von 5,2 bzw. 0,9 %.

Von der insgesamt veräußerten Fläche von fast 18,6 Mill. m<sup>2</sup> machte das baureife Land mit 7,6 Mill. m<sup>2</sup> den größten Teil aus (41 %); mit 5,8 Mill. m<sup>2</sup> folgte das Rohbauland (31 %) vor dem Industrieland mit 3,1 Mill. m<sup>2</sup>, (17 %). Weniger bedeutend waren die Verkäufe von Land für Verkehrszwecke und Freiflächen, die es auf Anteile von 10 bzw. nur 1 % brachten.

Je nach Baulandart variierten die durchschnittlichen Grundstücksgrößen erheblich. Am kleinsten waren die Flächen bei dem baureifen Land mit 788 m<sup>2</sup>. Diese Grö-

ßenordnung ist seit Jahren ziemlich konstant; von 1990 bis 1997 lagen hier die veräußerten Flächen zwischen 778 und 821 m<sup>2</sup>. Am größten war im Durchschnitt das Industrieland mit 4 330 m<sup>2</sup>, im Jahr zuvor waren es nur 3 404 m<sup>2</sup>. Inwieweit Rohbauland – je Fall errechneten sich im Mittel 2 787 m<sup>2</sup> – aus spekulativen Gründen erworben wurde, kann hier nicht beurteilt werden.

### Preisentwicklung uneinheitlich

Nicht zutreffend ist die pauschale Aussage „Die Baulandpreise steigen jedes Jahr an“. Da es sich bei den Baulandverkäufen um jeweils einzeln gelagerte Fälle handelt und deren Vergleichbarkeit dadurch sehr eingeschränkt ist, kann der Verlauf der Preisentwicklung nicht prognostiziert werden. Im Jahr 1997 zogen zwar die Baulandpreise insgesamt um 3,5 % auf 73,88 DM je Quadratmeter an, doch es gab auch gegenläufige Entwicklungen. So ging binnen Jahresfrist der Quadratmeterpreis für baureifes Land um 6,72 DM auf 126,12 DM herunter. Die gleiche Feststellung gilt bei dem Land für Verkehrszwecke; 1997 errechnete sich auf Landesebene ein Mittelwert von 6,93 DM je Quadratmeter, im Jahr zuvor waren es 7,81 DM. Für diese Art Land musste in den Jahren 1978 bis 1981 sogar ein Betrag zwischen 12,86 und 15,09 DM je Quadratmeter bezahlt werden. Noch weit kräftiger war der Preisrückgang bei dem Industrieland im Jahr 1997: von 59,99 DM je Quadratmeter – das war der höchste je erreichte Wert – auf 47,90 DM. Umgekehrt war es bei dem Rohbauland: Hier zog der Preis um gut 10 DM auf 43,88 DM je Quadratmeter an. Bei den Freiflächen stieg er von 8,66 DM im Jahr 1996 auf 13,35 DM je Quadratmeter.

### Viele Baulandverkäufe in kleinen Gemeinden

Rheinland-Pfalz ist geprägt durch eine dörfliche Struktur. Von den 2 305 Ortsgemeinden im Land haben 85 % weniger als 2 000 Einwohner, deren Gesamtbevölkerungsanteil erreicht 29 %. Im Jahr 1997 lag fast jede zweite Baulandveräußerung (49 %) in dieser Gemeindegrößenklasse; für baureifes Land errechnet sich der gleiche Wert, bei Rohbauland war er mit 51 % noch etwas höher. Die dabei umgesetzten Flächen erreichten mit 45 % insgesamt und 51 % bei baureifem Land beachtliche Größenordnungen.

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland 1997 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeinden mit ... Einwohnern	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- summe	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- wert je m <sup>2</sup>	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- wert je m <sup>2</sup>
	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	1 000 DM	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	DM	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	DM
unter 2 000	6 609	8 390	333 087	4 726	3 868	70,49	1 066	2 525	14,92
2 000 - 5 000	2 715	3 306	246 544	1 995	1 377	136,33	332	845	31,25
5 000 - 10 000	1 850	2 785	247 281	1 229	994	145,48	333	1 136	67,80
10 000 - 20 000	918	1 553	124 372	615	458	191,26	143	339	42,56
20 000 - 50 000	756	1 268	143 936	508	397	210,43	124	472	78,04
50 000 - 100 000	362	566	83 085	250	184	289,76	38	191	83,99
über 100 000	351	702	193 583	267	283	437,94	49	302	154,09
Insgesamt	13 561	18 569	1 371 888	9 590	7 561	126,12	2 085	5 811	43,88



Es überrascht nicht, dass Baulandverkäufe besonders häufig in kleinen Gemeinden stattfinden. Der Grund ist darin zu sehen, dass dort noch Bauland vorhanden und dieses zu einem akzeptablen Preis zu erstehen ist. So kostete baureifes Land in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern 70 DM je Quadratmeter, bei Grundstücksgrößen zwischen 1 000 und 3 000 m<sup>2</sup> nur knapp 53 DM. In der nächsthöheren Gemeindegrößenklasse – 2 000 bis unter 5 000 Einwohner – stieg dieser Wert bereits auf 136 DM je Quadratmeter an. Allgemein ist festzustellen, dass mit zunehmender Gemeindegröße die Preise für das Land ansteigen; in der Gruppe 20 000 bis unter 50 000 Einwohner wurden 1997 im Mittel 210 DM je Quadratmeter, in den Großstädten über 100 000 Einwohner sogar 438 DM bezahlt.

Die aufgezeigte Entwicklung dokumentiert sich auch in der Bautätigkeitsstatistik. Von den 1997 von den unteren Landesbaubehörden genehmigten 12 107 neuen Wohnungen sollen 89 % in den Landkreisen gebaut werden.

### **Es gibt noch billiges Bauland**

Fast drei von vier Kauffällen des baureifen Landes betrafen Wohngebiete in offener Bauweise, knapp zwei von zehn Dorfgebiete. Die hierbei veräußerte Fläche erreichte Anteile von 66 bzw. 22 %, die zu einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 141 bzw. 63 DM den Besitzer wechselten. Verhältnismäßig wenige Verkäufe betrafen Geschäftsgebiete und Wohngebiete in geschlossener Bauweise; hier wurden mit 910 bzw. 364 DM je Quadratmeter die höchsten Preise gezahlt.

In der Unterscheidung der Baulandverkäufe nach Kaufwertgruppen gab es 1997 insgesamt 674 Fälle (5,0 %), in denen für den Quadratmeter weniger als 5 DM bezahlt wurden. Davon betrafen nur 18 bzw. 144 Fälle baureifes bzw. Rohbauland. Bei 500 Kauffällen (5,2 %) konnte baureifes Land zu einem Quadratmeterpreis von unter 20 DM erworben werden, auf die Kategorie 20 bis unter 40 DM entfielen 1 424 Käufe (14,8 %); diese fielen zu 84 bzw. 81 % in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern an.

Die 2 085 Käufe von Rohbauland erfolgten sicher in etlichen Fällen aus spekulativen Gründen; 144-mal (6,9 %) konnte der Boden, wie bereits erwähnt, zu einem Preis von unter 5 DM je Quadratmeter erworben werden. Zwischen 5 und unter 10 DM wechselte jedes achte Grundstück (259) dieser Art den Besitzer.

Die mögliche Annahme, dass baureifes Land besonders in den größeren Städten zu sehr hohen Preisen gehandelt wird, trifft in dieser eindeutigen Form nicht zu. Zwar gab es in den vier rheinland-pfälzischen Großstädten 192 Kauffälle mit einem Quadratmeterpreis von 300 und mehr DM – davon 98 mit 500 und mehr DM –, aber auch in den kleinen Gemeinden mit weniger als 2 000 bzw. 2 000 bis 5 000 Einwohnern wurden mit 146 bzw. 218 doch recht viele Fälle dieser Preisgruppe registriert. Hier lagen die Verkäufe zwischen 300 und 400 DM je Quadratmeter an der Spitze (112 bzw. 108), in 5 bzw. 53 Fällen wurden aber auch Preise von 500 DM und mehr in diesen kleinen Gemeinden vereinbart.

### **Mehr Aktivitäten im nördlichen Landesteil**

Ein Rückblick auf die Entwicklung der Baulandverkäufe der letzten zehn Jahre zeigt die Vorzugsstellung des flächenmäßig größten Regierungsbezirks Koblenz. Der Anteil an den Baulandverkäufen im Land beträgt hier 41 %, während es die Bezirke Rheinhessen-Pfalz und Trier auf Quoten von 35 bzw. 25 % bringen. Seit 1991 kann der Regierungsbezirk Koblenz jährlich die meisten Baulandverkäufe mit der jeweils größten umgesetzten Fläche aufweisen. Von 1986 bis 1990 konnte dagegen der einwohnerstärkste Bezirk Rheinhessen-Pfalz teilweise Rang eins bei den Fällen und der Fläche einnehmen. Besonders deutlich war die Position des Bezirks Koblenz im Jahr 1995, als jeder zweite Kauffall im Land mit 52 % der veräußerten Fläche dort stattfand.

Die vielen Verkäufe – insbesondere von baureifem Land – schlagen sich auch in einem anderen statistischen Gebiet nieder. Viele Baulandveräußerungen sind die Vorstufe für geplante Bauvorhaben und wirken sich mit Zeitverzug in den Zahlen der Bautätigkeitsstatistik aus. Die aufgezeigte günstige Position des Bezirks Koblenz dokumentiert sich auch in der Baugenehmigungsstatistik, nach deren Ergebnissen der Jahre 1990 bis 1997 im Durchschnitt 6,9 Neubauwohnungen je 1 000 Einwohner genehmigt wurden. Die beiden anderen Bezirke Rheinhessen-Pfalz und Trier brachten es auf Werte von 6,5 bzw. 5,6. Auch das Rekordergebnis des Jahres 1994 von 10,7 Wohnungen wurde im Regierungsbezirk Koblenz erreicht; in den Bezirken Rheinhessen-Pfalz und Trier lagen die Werte mit 8,7 bzw. 7,4 deutlich niedriger.

Die in den letzten Jahren festzustellende starke Stellung des Bezirks Koblenz zeigt sich auch bei den Baulandverkäufen des Jahres 1997. Gegenüber dem Vorjahr konnte der nördliche Landesteil bei drei Baulandarten sowohl bei der Fallzahl als auch der Fläche Zuwächse erzielen. Dies gilt ebenso für das Gesamtergebnis, das für die beiden übrigen Bezirke jeweils mit negativem Vorzeichen versehen war.

### **Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz Spitzenreiter bei den Preisen**

Von den Landesdurchschnittspreisen für die einzelnen Baulandarten weichen die entsprechenden Werte in den Regierungsbezirken sehr stark ab. Die Ursache kann in der Nachfrageintensität bei zur Verfügung stehendem Baulandangebot gesehen werden. Preisbestimmend ist auch die Struktur der jeweiligen Gebiete. Im Bezirk Rheinhessen-Pfalz – hier wohnt jeder zweite Bewohner des Landes – musste 1997 in vier von fünf Fällen der höchste Preis für die verschiedenen Baulandarten bezahlt werden. Für baureifes und Rohbauland lagen die Quadratmeterpreise mit 219 und 82 DM fast doppelt so hoch wie der Landeswert. Deutlich weniger mussten die Käufer in den anderen Bezirken bezahlen: in Koblenz 94 bzw. 30 DM und in Trier nur 62 bzw. 14 DM. Auch für Industrieland und Land für Verkehrszwecke war in dem südlichen Regierungsbezirk das höchste Preisniveau mit 87 bzw. 10 DM je Quadratmeter gegeben, dieses gilt für den Bezirk Trier bei den Freiflächen (16 DM).



**Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland 1996 und 1997 nach Grundstücksarten  
und Regierungsbezirken**

Grundstücksart	Kauffälle		Fläche		Kaufsumme		Kaufwert je m²	
	1996	1997	1996	1997	1996	1997	1996	1997
	Anzahl		1 000 m²		1 000 DM		DM	
Rheinland-Pfalz								
Baureifes Land	9 164	9 590	7 130	7 561	947 160	953 592	132,84	126,12
Rohbauland	1 970	2 085	5 955	5 811	199 083	254 977	33,43	43,88
Industrieland	782	710	2 662	3 074	159 709	147 273	59,99	47,90
Land für Verkehrszwecke	1 436	1 049	2 567	1 916	20 040	13 285	7,81	6,93
Freiflächen	118	127	308	207	2 664	2 761	8,66	13,35
Insgesamt	13 470	13 561	18 622	18 569	1 328 656	1 371 888	71,35	73,88
Regierungsbezirk Koblenz								
Baureifes Land	4 036	4 528	3 217	3 643	318 226	343 425	98,93	94,27
Rohbauland	844	1 026	2 085	2 156	41 110	64 920	19,72	30,11
Zusammen	5 949	6 489	8 158	8 563	415 018	469 288	50,87	54,80
Regierungsbezirk Trier								
Baureifes Land	1 723	1 740	1 569	1 587	95 678	98 849	60,97	62,30
Rohbauland	505	432	1 716	1 615	25 504	22 874	14,86	14,16
Zusammen	2 633	2 448	4 287	4 219	142 696	136 406	33,29	32,33
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz								
Baureifes Land	3 405	3 322	2 344	2 332	533 256	511 318	227,46	219,30
Rohbauland	621	627	2 154	2 039	132 468	167 184	61,50	81,98
Zusammen	4 888	4 624	6 177	5 787	770 942	766 195	124,80	132,40

### Baureifes Land in Mainz am teuersten

Bei einem tiefer regionalisierten Vergleich der Baulandpreise auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise ist festzustellen, dass seit 1993 die zwölf kreisfreien Städte des Landes – teilweise mit Ausnahme von Zweibrücken – die 100-DM-Grenze für den Preis eines Quadratmeters baureifen Landes überschritten haben. Der 1997 errechnete Durchschnittswert der kreisfreien Städte von 345 DM wurde in fünf Fällen überboten. An der Spitze lag die Landeshauptstadt Mainz; hier wurden für baureifes Land 735 DM je Quadratmeter bezahlt, 1996 waren es 926 DM und 1995 sogar 1 209 DM. Es folgten die Städte Speyer (528 DM), Neustadt a. d. Weinstraße (396 DM), Koblenz (386 DM) und Worms (377 DM). Unter der 100-DM-Grenze blieb nur Zweibrücken (98 DM).

Schon seit einigen Jahren liegt in den kreisfreien Städten der Durchschnittspreis je Quadratmeter Rohbauland über der 100-DM-Schwelle (1997: 124 DM). Dieses oft für eine später geplante Bebauung erworbene Land erreichte in Frankenthal mit 265 DM den höchsten und in Zweibrücken mit 20 DM den niedrigsten Preis.

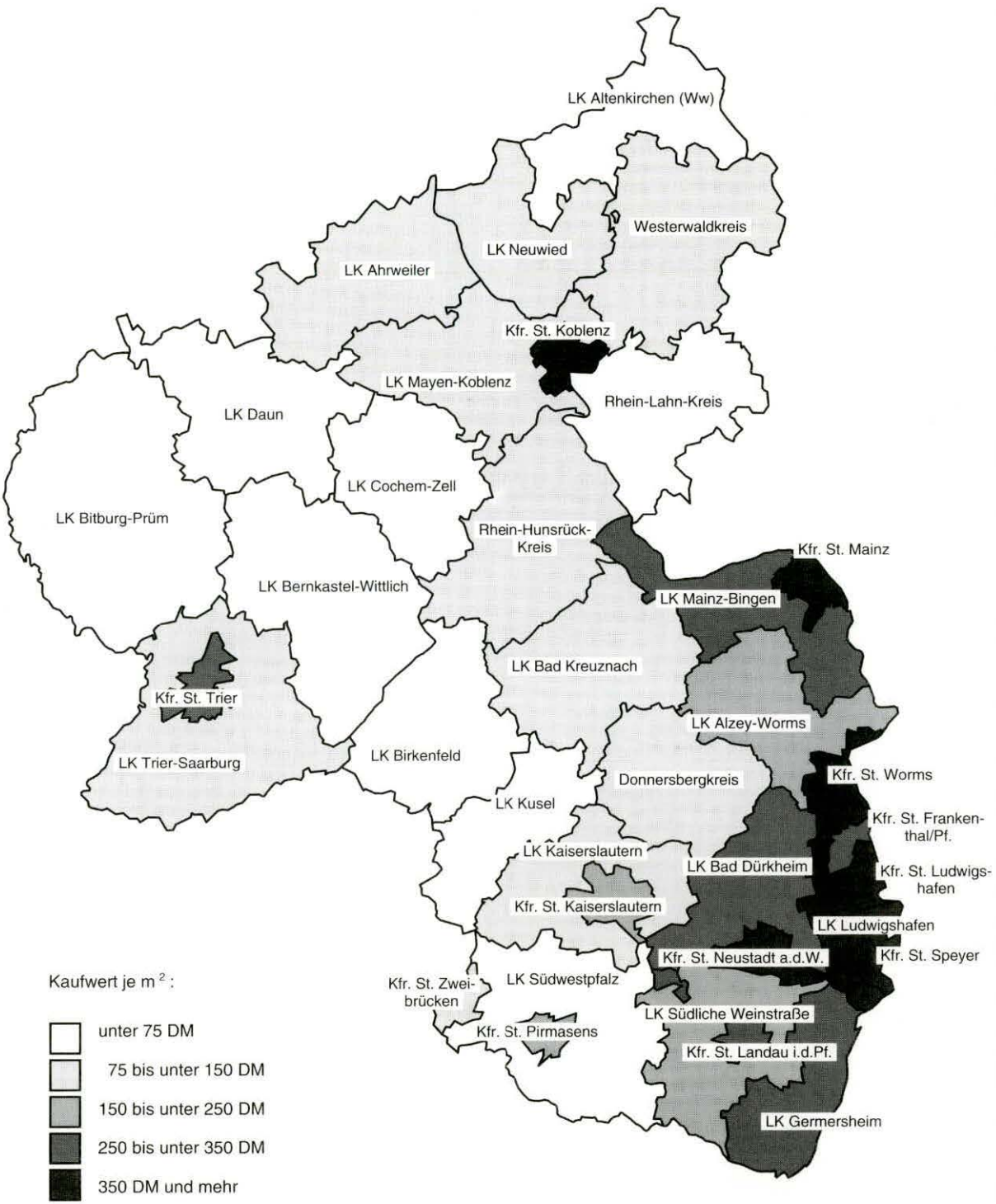
### Billiges Bauland in der Eifel

Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen früherer Jahre fällt auf, dass das Bauland in den Landkreisen weniger stark im Preis gestiegen ist als in den kreisfreien Städten. Ausgesprochen günstig konnten im vergangenen Jahr die späteren Bauherren Grundstücke in der Eifel erwerben. In allen vier Kreisen des Regierungsbezirks Trier lagen die Preise für den Quadratmeter baureifen Landes unter dem Mittelwert aller Kreise (108 DM), am niedrigsten im flächenmäßig größten Kreis des Landes Bitburg-Prüm (1 626 km<sup>2</sup>) mit 31 DM und im Kreis Daun (38 DM). In sechs Kreisen des Bezirks Koblenz und in drei von Rheinhessen-Pfalz wurde die 100-DM-Marke nicht erreicht.

Besonders in den Einzugsbereichen größerer Städte hat sich im Laufe der Zeit ein sehr hohes Preisniveau gebildet. Als Beispiele können die Preise in den Kreisen Ludwigshafen (463 DM) und Mainz-Bingen (341 DM) gelten. Hier ist nicht nur das baureife Land sehr teuer, sondern auch das Rohbauland (135 bzw. 122 DM). Trotz dieser vor dem eigentlichen Bauvorhaben hohen finanziellen Belastung lagen in diesen beiden Kreisen die Quoten der je 1 000 Einwohner genehmigten Neu-



# Durchschnittliche Quadratmeterpreise für baureifes Land in den Landkreisen und kreisfreien Städten 1997



Durchschnitt der kreisfreien Städte : 345 DM  
 Durchschnitt der Landkreise : 107 DM  
 Durchschnitt des Landes : 126 DM

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



**Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland 1997 nach Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-summe	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-wert je m²	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-wert je m²
	Anzahl	1 000 m²	1 000 DM	Anzahl	1 000 m²	DM	Anzahl	1 000 m²	DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	117	133	32 758	77	51	385,53	21	32	157,70
Landkreise									
Ahrweiler	389	461	45 154	329	240	141,57	33	132	54,85
Altenkirchen (Ww)	563	688	24 692	387	316	61,19	72	83	31,57
Bad Kreuznach	479	753	34 068	322	255	95,12	41	118	42,07
Bad Kreuznach, St	46	87	8 732	29	22	212,97	6	28	66,24
Birkenfeld	481	656	16 293	313	285	39,17	118	193	13,22
Idar-Oberstein, St	125	157	5 841	95	88	49,05	15	23	24,23
Cochem-Zell	403	593	14 022	222	172	56,21	140	343	9,20
Mayen-Koblenz	1 211	1 459	107 841	827	533	134,42	211	556	33,51
Andernach, St	124	105	13 705	56	31	245,49	29	22	81,97
Mayen, St	102	171	12 708	67	45	173,50	16	44	54,32
Neuwied	678	1 228	58 675	464	424	107,90	64	191	39,93
Neuwied, St	97	129	16 768	70	68	193,81	7	34	67,50
Rhein-Hunsrück-Kreis	516	511	32 673	427	317	86,29	24	46	25,37
Rhein-Lahn-Kreis	551	609	35 928	465	460	71,61	49	69	27,44
Lahnstein, St	29	27	5 399	28	26	205,44	1	.	.
Westerwaldkreis	1 101	1 473	67 184	695	590	80,60	253	392	25,48
RB Koblenz	6 489	8 563	469 288	4 528	3 643	94,27	1 026	2 156	30,11
Kreisfreie Stadt Trier	116	234	29 888	67	56	302,78	19	61	131,93
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	774	1 471	30 991	480	427	53,15	248	685	8,47
Bitburg-Prüm	475	888	17 046	358	407	31,10	17	257	9,03
Daun	402	789	15 398	288	266	38,24	71	369	8,52
Trier-Saarburg	681	837	43 082	547	430	84,26	77	243	14,84
RB Trier	2 448	4 219	136 406	1 740	1 587	62,30	432	1 615	14,16
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	20	30	8 220	11	19	292,28	6	7	264,61
Kaiserslautern	63	115	22 589	51	75	235,64	10	33	116,35
Landau i. d. Pfalz	64	101	17 074	48	44	308,10	2	.	.
Ludwigshafen a. Rhein	81	150	42 303	63	81	380,39	8	38	156,71
Mainz	90	304	95 933	76	76	735,23	10	199	159,24
Neustadt a.d. Weinstraße	46	38	11 903	37	26	395,52	6	6	153,06
Pirmasens	47	169	11 283	29	29	152,57	4	17	123,84
Speyer	35	44	9 337	26	13	528,49	2	.	.
Worms	103	166	24 525	76	34	377,12	6	91	53,90
Zweibrücken	124	153	10 780	113	83	98,03	8	29	19,53
Landkreise									
Alzey-Worms	604	612	66 343	482	277	191,66	45	172	29,04
Bad Dürkheim	447	417	69 120	286	173	295,26	55	120	73,79
Donnersbergkreis	377	434	28 890	286	201	115,21	69	203	21,67
Germersheim	348	332	45 977	228	125	268,97	51	68	58,16
Kaiserslautern	458	592	33 053	366	268	99,56	37	127	17,49
Kusel	272	244	7 567	136	112	51,23	91	92	17,52
Südliche Weinstraße	286	268	39 355	221	164	206,63	25	25	62,26
Ludwigshafen	240	215	55 789	172	94	463,38	37	50	135,20
Mainz-Bingen	434	918	144 569	255	165	341,21	106	643	121,50
Bingen, St	26	232	26 289	18	15	451,52	6	215	89,36
Ingelheim am Rhein, St	61	70	12 470	24	13	516,59	31	44	69,88
Südwestpfalz	485	486	21 583	360	270	64,97	49	99	17,39
RB Rheinhessen-Pfalz	4 624	5 787	766 195	3 322	2 332	219,30	627	2 039	81,98
Rheinland-Pfalz	13 561	18 569	1 371 888	9 590	7 561	126,12	2 085	5 811	43,88
Kreisfreie Städte	906	1 635	316 595	674	589	345,13	102	533	123,77
Landkreise	12 655	16 934	1 055 294	8 916	6 973	107,63	1 983	5 278	35,81



bauwohnungen seit 1990 mit drei Ausnahmen über dem Landeswert. Umgekehrt war es im Kreis Bitburg - Prüm; obwohl Bauland günstig zu kaufen war, wurde dort – mit einer Ausnahme – die landesdurchschnittliche Neubau-Quote je 1 000 Einwohner nicht erreicht.

### **Grundstücksgrößen regional sehr unterschiedlich**

Die hinsichtlich der Zahl der Fälle und der veräußerten Fläche bedeutendste Baulandart ist das baureife Land, das im Jahr 1997 je Fall eine Größe von 788 m<sup>2</sup> hatte. Dieser Wert wurde seit 1990 nur geringfügig über- bzw. unterschritten, im Durchschnitt stellte er sich auf 805 m<sup>2</sup>. Innerhalb der Regierungsbezirke zeigen sich beachtliche Abweichungen in der Größe der Grundstücke. Im Bezirk Trier – hier sind die Grundstückspreise am niedrigsten – erreichten die Grundstücke im letzten Jahr eine mittlere Größe von 912 m<sup>2</sup>. Mit 805 bzw. 702 m<sup>2</sup> waren die Flächen in den Bezirken Koblenz und Rheinhessen - Pfalz deutlich kleiner.

Überraschend ist, dass in sechs Jahren seit 1990 die durchschnittliche Grundstücksfläche des baureifen Landes in den kreisfreien Städten (1997: 874 m<sup>2</sup>) größer war als in den Landkreisen (782 m<sup>2</sup>). Das Ergebnis des letzten Jahres wird besonders geprägt durch die je Fall ermittelten Flächen in den Städten Frankenthal (1 727 m<sup>2</sup>), Kaiserslautern (1 471 m<sup>2</sup>) und Ludwigshafen (1 286 m<sup>2</sup>) sowie Mainz und Pirmasens (je 1 000 m<sup>2</sup>). Bei den Landkreisen überschritt nur Bitburg - Prüm (1 137 m<sup>2</sup>) die 1 000-m<sup>2</sup>-Grenze.

### **Von der veräußerten Fläche betrafen 4 von 10 Quadratmeter baureifes Land**

Mit einem Anteil von 41 % der veräußerten Fläche lag 1997 das baureife Land an der Spitze aller Bauland-

arten; die jährlichen Abweichungen von diesem Wert waren seit 1990 relativ gering. Diese Quote errechnet sich auch für die zurückliegenden acht Jahre. Auch zwischen den kreisfreien Städten (36 %) und den Landkreisen (41 %) ist kein gravierender Unterschied feststellbar, wohl aber innerhalb der einzelnen Verwaltungsbezirke. Die Spanne reicht hier von 17 und 18 % (Stadt Pirmasens bzw. Kreis Mainz - Bingen) bis 76 und 68 % (Rhein - Lahn - Kreis bzw. Neustadt a. d. Weinstraße).

Ein sehr breites Spektrum ist auch bei dem 1997 veräußerten Industrieland zu beobachten. Hier lagen die Anteile zwischen 0,2 und 1,5 % (Rhein - Lahn - Kreis und Kreis Südwestpfalz) sowie 43 und 61 % (Städte Speyer und Pirmasens).

### **Rheinland - Pfalz im Bundesvergleich**

Bei einem Vergleich der Flächenländer des früheren Bundesgebiets kostete der Quadratmeter Bauland insgesamt nur in Schleswig - Holstein mit 73 DM etwas weniger als in Rheinland - Pfalz (74 DM). Die höchsten Preise mussten in Baden - Württemberg (227 DM), Bayern (165 DM) und Hessen (146 DM) bezahlt werden. Baureifes Land war im Saarland und in Niedersachsen am billigsten; hier errechnete sich ein mittlerer Quadratmeterpreis von 98 bzw. 99 DM. Auf Rang drei folgt Rheinland - Pfalz mit 126 DM. An der Spitze der Preisskala standen die beiden süddeutschen Länder Baden - Württemberg und Bayern mit Quadratmeterpreisen von 299 und 211 DM. Beim Rohbauland musste in Bayern mit durchschnittlich 93 DM je Quadratmeter der höchste Preis vor Nordrhein - Westfalen (58 DM) bezahlt werden. Rheinland - Pfalz nimmt hier mit 44 DM eine mittlere Stellung ein.

Diplom - Volkswirt Ingo Hawliczek



# Das Erntejahr 1998

Im Rahmen des laufenden agrarstatistischen Programms werden für Feldfrüchte und Grünland sowie die Sonderkulturen Obst, Gemüse und Wein jährlich Erntestatistiken erstellt. Als Grundlage dienen die Ergebnisse der verschiedenen Anbauerhebungen und die Ertragsermittlungen aus den speziellen Ernteerhebungen. Daraus werden Erntemengen für alle einbezogenen Kulturarten berechnet. Bereits die ersten Ertragsschätzungen z.B. bei Weinmost oder Getreide stoßen bei den jeweiligen Marktpartnern auf großes Interesse, lassen sich daraus doch schon frühzeitig Vorstellungen über die Markt- und Preisentwicklung ableiten. Die zum Ende des Erntejahres vorliegenden endgültigen Ergebnisse finden dann in erster Linie Verwendung zur Erstellung von Ernte- und Versorgungsbilanzen.

Die ersten Erntevorhersagen basieren auf den Schätzungen von Ernteberichterstatlern, die nach Vegetationsbeginn ab April Meldungen zur Ertragsentwicklung für ihre Wohngemeinde oder für ihren Betrieb abgeben. Im weiteren Vegetationsverlauf werden diese Schätzungen durch Ertragsmessungen im Rahmen der Besonderen Erntermittlung oder durch zusätzliche Befragungen in Erzeugerbetrieben untermauert. Bei Getreide und Kartoffeln werden hierzu die Drusch- und Rodungsergebnisse von zufällig ausgewählten Probefeldern erhoben. Die endgültige Höhe der Weinmosternte wird aus den nach EG-Recht vorgeschriebenen Traubenerntemeldungen der einzelnen Erzeuger erstellt. Zusammen mit den Rebflächen erfolgt diese Auswertung sekundärstatistisch aus der EG-Weinbaukartei.

Aufgrund noch ausstehender endgültiger Ertragsermittlungen oder noch nicht abschließend ausgewerteter Anbauerhebungen haben viele der nachfolgenden Ergebnisse noch vorläufigen Charakter. Jedoch sind die Abweichungen zu den endgültigen Ergebnissen bei den meisten Kulturarten erfahrungsgemäß nur sehr gering.

## Milder Winter, wechselhafte Frühjahrs- und Sommerwitterung

Die Bestellung der Wintersaaten im Herbst 1997 konnte überwiegend unter günstigen Witterungsbedingungen erfolgen. Jedoch hat sich das Auflaufen durch fehlende Niederschläge vielfach verzögert. Entspre-

chend wurde der Wachstumsstand der Saaten Anfang Dezember 1997 von den Ernteberichterstatlern deutlich schlechter als im Vorjahr beurteilt. Aufgrund des milden Winters sind keine nennenswerten Auswinterungsschäden entstanden. Die Vegetationsentwicklung setzte zeitig ein und zeigte im März einen deutlichen Vorsprung gegenüber dem langjährigen phänologischen Mittel. Im April bremste die kalte und nasse Witterung die vorher optimalen Aufwuchsbedingungen für die Feldfrüchte und das Grünland. Dennoch wurde zu dieser Zeit der Wachstumsstand überdurchschnittlich und auch besser als 1997 bewertet. Bis Mitte Juni präsentierte sich die Witterung wechselhaft, teilweise auch mit kurzen hochsommerlichen Abschnitten. Anschließend setzte kühles und niederschlagsreiches Wetter ein. Diese wechselhafte Juni- und Juliwitterung förderte die Ausbreitung von pilzlichen Krankheiten. Mit der ausreichenden Niederschlagsversorgung war jedoch eine wichtige Voraussetzung für hohe und sichere Getreideerträge gegeben. Die Ertragsschätzungen der Berichterstatler zu Ende Juni stellten für alle Feldfrüchte eine gute Ernte in Aussicht. Bemerkenswert war der gute Wachstumsstand von Zuckerrüben und Mais im Vergleich zu früheren Jahren. Der erste Schnitt der Rauhfutterernte fiel dagegen unterdurchschnittlich aus. Ursache hierfür dürfte wohl der frühe Schnitzeitpunkt gewesen sein, der durch eine Schönwetterperiode begünstigt vielfach in der ersten Maihälfte lag.

Eine zunehmend wärmere und trockenere Witterung setzte in der zweiten Julihälfte ein. Ab dem dritten Juliwochenende konnte daher mit der Getreideernte begonnen werden. Ende Juli war die Wintergerste weitgehend eingebracht. Trotz regional kurzzeitiger Unterbrechungen konnte die Getreideernte insgesamt bei günstigem Erntewetter zügig durchgeführt werden. Nur Restbestände in den Höhengebieten, die aufgrund verspäteter Aussaat im Mai eine verzögerte Reifeentwicklung hatten, konnten durch die nachfolgenden Niederschläge erst gegen Ende September mit erheblichen Verlusten geerntet werden.

## Getreideernte 10 % über Durchschnitt

In Rheinland-Pfalz wurden 1998 gut 1,56 Mill. t Getreide eingebracht. Damit ist die diesjährige Getreideernte um 10 % höher ausgefallen als im Durchschnitt

Ernteschätzung für Rauhfutter 1998

Fruchtart	Anbaufläche 1998 <sup>1)</sup>	Hektarertrag <sup>2)</sup>				
		Nutzungen insgesamt		Nutzungen bis Ende Juni		
		D 1992/97	1997	D 1992/97	1997	1998
	1 000 ha	dt				
Wiesen	80,7 <sup>3)</sup>	70,3	63,0	59,4	56,4	54,1
Mähweiden	121,4 <sup>3)</sup>	72,0	68,1	60,9	59,1	56,2
Grasanbau auf dem Ackerland	6,7	71,8	68,9	61,7	59,7	58,8
Klee, Klee gras und Klee-Luzerne-Gemisch	7,1	72,2	69,8	62,5	60,7	60,2
Luzerne	0,9	74,5	70,6	63,7	59,1	60,0
Rauhfutter insgesamt	216,8	71,3	66,3	60,4	58,2	55,6

1) Vorläufig. – 2) Grünmasseertrag im Verhältnis 4:1 in Heu umgerechnet. – 3) Endgültig 1997.



# Getreideernte 1998

Fruchtart	Anbaufläche		Hektarertrag			Erntemenge		
	1997	1998 <sup>1)</sup>	D 1992/97	1997	1998	D 1992/97	1997	1998 <sup>1)</sup>
	1 000 ha			dt			1 000 t	
Winterweizen	90,2	91,7	63,5	67,6	69,5	522,6	609,4	637,1
Sommerweizen	1,6	1,5	51,1	55,8	57,4	10,4	9,0	8,4
Hartweizen (Durum)	0,5	1,6	49,8	53,7	56,1	5,4	2,9	8,9
Roggen	16,7	17,0	53,5	61,3	57,9	93,6	102,4	98,6
Wintermenggetreide	2,6	2,3	52,9	59,7	59,7	9,3	15,5	13,7
Brotgetreide zusammen	111,7	114,1	61,3	66,2	67,2 <sup>1)</sup>	641,3	739,1	766,8
Wintergerste	39,2	36,7	57,5	59,9	57,6	200,0	235,0	211,5
Sommergerste	84,8	76,7	47,1	51,2	51,4	414,5	433,9	394,3
Hafer	15,0	14,0	43,7	54,2	51,8	87,3	81,2	72,6
Sommermenggetreide	3,0	3,0	43,0	47,6	47,8	15,4	14,4	14,2
Triticale	15,1	16,8	58,5	63,5	62,5	61,3	95,8	105,1
Futter- und Industriegetreide zusammen	157,1	147,2	49,6	54,8	54,2 <sup>1)</sup>	778,5	860,4	797,8
Getreide insgesamt	268,8	261,3	54,3	59,5	59,9 <sup>1)</sup>	1 419,8	1 599,5	1 564,6

1) Vorläufig.

der letzten sechs Jahre. Dem Ergebnis liegen die Auswertungen von 500 zufällig ausgewählten Probefeldern zugrunde, von denen im Rahmen der Besonderen Erntermittlung die genauen Ernteflächen und die von den Landwirten verwogenen Erntemengen erhoben wurden. Aufgrund des eingeschränkten Anbaus unterschreitet die Ernte das Vorjahresergebnis um 2 %. Sommergerste ist sogar 9 % weniger angefallen, da in Anbetracht der 1997 unbefriedigenden Preise für Braugerste der Anbau in Rheinland - Pfalz um mehr als 8 000 ha eingeschränkt wurde. Winterweizen hatte mit 41 % den größten Anteil an der Erntemenge, gefolgt von Sommergerste mit 25 %.

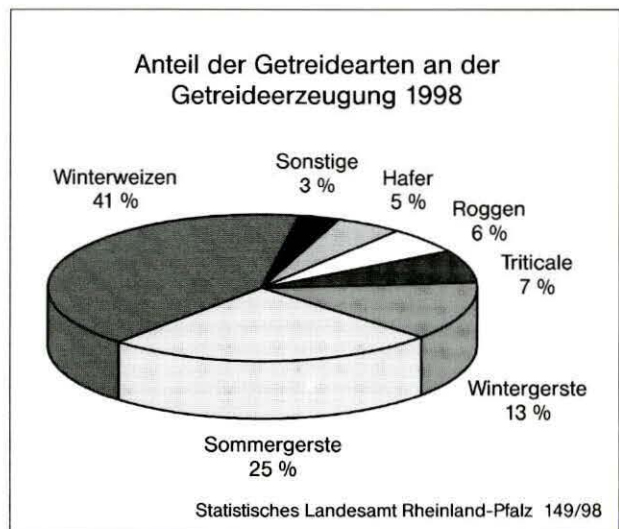
Mit 60 dt/ha im Durchschnitt aller Getreidearten liegt der Ertrag auf dem hohen Niveau der beiden Vorjahre. Außer Wintergerste übertrafen alle Getreidearten den Ertragsdurchschnitt der letzten sechs Jahre deutlich. Die anbaustärkste Getreideart Winterweizen erzielte auch im Vergleich zum Vorjahr leicht höhere Erträge und erreichte mit knapp 70 dt/ha sogar den bislang höchsten Hektarertrag in Rheinland - Pfalz. Etwas niedriger als im letzten Jahr waren die Flächenleistungen von Roggen (- 6 %), Wintergerste (- 4 %), Hafer (- 4 %) und Triticale (- 2 %). In Abhängigkeit von den natürlichen Standortbedingungen bestanden dabei allerdings regional erhebliche Ertragsunterschiede. Hinzu kamen teilweise räumlich begrenzte Unwetter-schäden.

Winterweizen und Roggen weisen gute Backqualitäten auf. Der durchschnittliche Eiweißgehalt der untersuchten Winterweizenproben aus der Besonderen Erntermittlung lag mit 12,7 % wie im Vorjahr deutlich über dem Interventionsgrenzwert von 11,5 %. Jedoch gab es beim Roggen vielfach Probleme durch stärkeren Mutterkornbefall. Betroffen waren in erster Linie Hybridroggensorten. Vollkornanteil und Eiweißgehalt bei der Braugerste ließen keine Wünsche offen. Im Durchschnitt lagen die Eiweißwerte bei 10,5 % und die Vollkornan-

teile bei rund 90 %. Für braufähige Ware gelten zulässige Grenzwerte von 11,5 bzw. 80 %. Nicht befriedigen konnten dagegen die Erzeugerpreise bei allen Getreidearten.

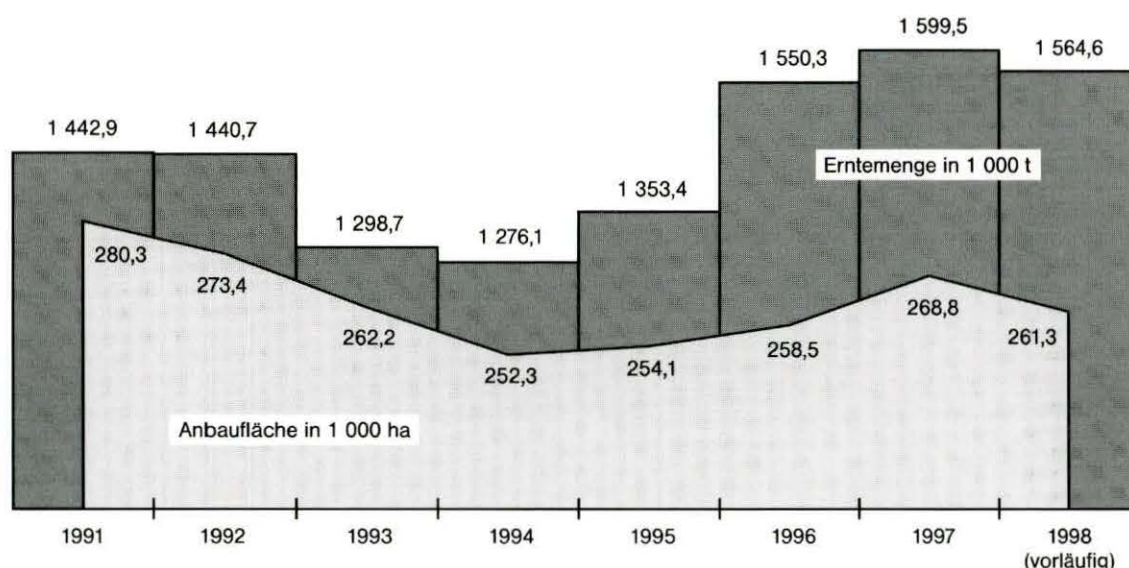
Winterraps ist in diesem Jahr um 15 % mehr geerntet worden als 1997. Ursache hierfür war die starke Ausdehnung der Anbauflächen auf über 25 000 ha aufgrund der besseren Verkaufserlöse für Winterraps im Vergleich zu Getreide. Wegen der sehr guten Vorfruchtwirkung werden vielfach Stilllegungsflächen zum Anbau von Winterraps als nachwachsender Rohstoff genutzt. Des weiteren erzielten die Landwirte mit gut 31 dt/ha überdurchschnittlich gute Flächenleistungen.

Durch den leicht erweiterten Anbauumfang dürfte die Zuckerrübenenernte um 4 % ansteigen. Die Septemberniederschläge führten hier vielfach noch zu Ertragssteigerungen. Jedoch erschwerten die anhaltenden Niederschläge der letzten Wochen die Erntearbeiten. Auch





Erntemenge und Anbaufläche von Getreide 1991 bis 1998



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 151/98

die Ernte von Silomais als Gärfutter für die Rindviehhaltung wird dadurch behindert. Die Erntemenge dürfte aufgrund einer höheren Aussaatfläche und besserer Erträge rund 7 % zunehmen. Bei Körnersonnenblumen, Futtererbsen und Ackerbohnen liegen die Ertragsschätzungen auf dem Vorjahresniveau.

### Weniger Kartoffeln geerntet

Mit 316 000 t fällt die Kartoffelernte um 6 % niedriger aus als im Vorjahr. Verantwortlich hierfür sind neben einer Einschränkung der Anbauflächen der mittelfrühen und späten Sorten auch geringere Hektarerträge. Mit dazu beigetragen hat eine regenbedingt verzögerte Pflanzperiode, ein sehr früher Start der Frühkartoffelernte und eine beschleunigte Abreife nach der Trockenheit und Hitze im August. Rund ein Drittel der Erntemenge entfällt auf Frühkartoffeln. Rheinland-Pfalz gehört hier mit einem Anteil von 22 % an der deutschen Frühkartoffelfläche zusammen mit Niedersachsen zu den bedeutendsten Erzeugerländern.

Die Flächenleistung der Frühkartoffeln war mit 299 dt/ha etwas niedriger als im Vorjahr. Aufgrund eines nahezu unveränderten Flächenumfanges wurden knapp 3 % weniger geerntet als im letzten Jahr. Bei den mittelfrühen und späten Kartoffeln (325 dt/ha) liegt nach den Ergebnissen der landesweiten Proberodungen im Rahmen der Besonderen Erntermittlung der Durchschnittsertrag je Hektar um 3 % niedriger als 1997. Der mehrjährige Durchschnittsertrag wird ebenfalls leicht unterschritten. Deutlich höher als im Vorjahr fielen jedoch die Erzeugerpreise aus.

### Gemüseproduktion weiter ausgedehnt

Der Gemüseanbau auf dem Freiland hat in diesem Jahr um 10 % auf fast 12 750 ha zugenommen. Seit 1990 ist der Anbau damit um 75 % ausgeweitet worden. Der Schwerpunkt der Gemüseproduktion liegt in der Pfälzischen Rheinebene; etwa neun Zehntel der Gemüsefelder sind im Raum Ludwigshafen und Umgebung zu finden. Rund drei Viertel der Flächenausdehnung ent-

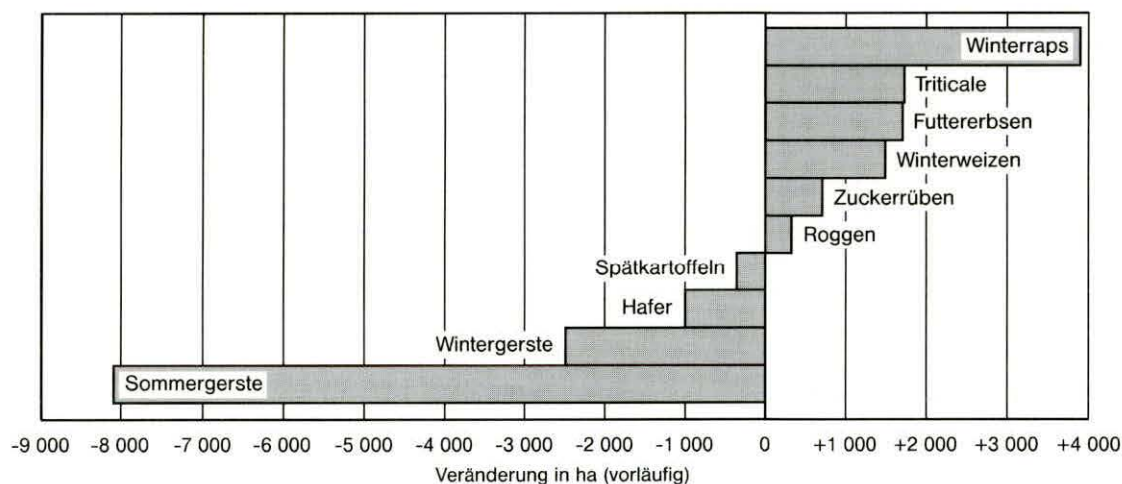
Ernteschätzung für Hackfrüchte, Raps, Silomais, Körnersonnenblumen und Futtererbsen 1998

Fruchtart	Anbaufläche		Hektarertrag			Erntemenge		
	1997	1998 <sup>1)</sup>	D 1992/97	1997	1998	D 1992/97	1997	1998 <sup>1)</sup>
	1 000 ha			dt			1 000 t	
Frühkartoffeln	3,6	3,6	309,0	308,9	299,1	118,8	111,0	108,2
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	6,8	6,5	328,8	334,5	324,7	230,6	227,8	209,5
Zuckerrüben	23,0	23,7	537,7	515,7	519,1 <sup>1)</sup>	1 249,8	1 187,5	1 232,1
Winterraps	21,8	25,7	28,9	32,2	31,4	52,7	70,0	80,6
Sommerraps und Rübsen	1,8	2,0	20,8	21,5	20,9	4,3	3,9	4,1
Körnersonnenblumen	1,6	1,7	31,3	31,4	31,7 <sup>1)</sup>	12,0	5,1	5,4
Futtererbsen	2,4	4,1	39,8	40,6	39,2 <sup>1)</sup>	10,1	9,8	16,2
Silomais	15,3	16,0	450,3	444,5	454,4 <sup>1)</sup>	670,4	678,0	728,2

1) Vorläufig.



### Veränderung der Anbaufläche ausgewählter Feldfrüchte zwischen 1997 und 1998



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 150/98

fallen auf Feldsalat, Blumenkohl, Bundzwiebeln und Radieschen. Weitere Produktionsausweitungen gab es noch bei Buschbohnen, Brokkoli, Möhren, Zucchini, Zwiebeln, Kohlrabi und Eissalat. Dagegen wurde der Anbau von Spinat, Lollo Salat, Porree (Lauch) und Kopfsalat eingeschränkt. Aufgrund des mehrmals möglichen Anbaus haben Radieschen mit 1 900 ha den größten Flächenumfang. Allein 90 % der deutschen Radieschen kommen mittlerweile aus rheinland-pfälzischer Pro-

duktion. Auch bei frühen Möhren und Rettich ist Rheinland-Pfalz mit einem Flächenanteil von über 40 % an der deutschen Anbaufläche das bedeutendste Erzeugerland.

In der Regel zeigen die Erträge des Gemüseanbaus bei den gegebenen intensiven Produktionsverfahren und vor allem den vorhandenen großflächigen Beregnungsmöglichkeiten nur geringe Schwankungen von

### Ernteschätzung für Gemüse im Freiland 1998 nach Gemüsearten

Gemüseart	Anbaufläche		Ver- änderung gegenüber 1997	Erntemenge		Ver- änderung gegenüber 1997
	1997	1998		1997	1998	
	ha	ha	%	dt	dt	%
Radieschen	1 736	1 904	9,7	517 029	576 011	11,4
Möhren	1 546	1 611	4,2	573 513	603 342 <sup>2)</sup>	5,2
Blumenkohl	1 128	1 364	20,9	346 960	419 105 <sup>2)</sup>	20,8
Kopfsalat	935	898	- 4,0	236 117	234 435	- 0,7
Speisezwiebeln <sup>1)</sup>	825	872	5,7	373 343	391 769	4,9
Spargel	661	700	5,9	x	x	x
im Ertrag stehend	541	582	7,6	19 764	21 771	10,2
Spinat	624	569	- 8,8	116 793	114 326 <sup>2)</sup>	2,1
Feldsalat	216	520	140,7	20 688	...	...
Rettich	417	432	3,6	121 053	127 007	4,9
Brokkoli	332	400	20,5	74 947	95 892 <sup>2)</sup>	27,9
Kohlrabi	329	375	14,0	94 486	107 865 <sup>2)</sup>	14,2
Porree (Lauch)	296	253	- 14,5	85 692	76 419 <sup>2)</sup>	- 10,8
Chinakohl	178	201	12,9	71 190	78 275 <sup>2)</sup>	10,0
Lollo Salat	241	189	- 21,6	47 759	...	...
Rhabarber	142	156	9,9	39 876	44 032	10,4
Zuckermais	142	154	8,5	.	.	.
Zucchini	102	151	48,0	.	.	.
Knollensellerie	145	150	3,4	47 479	54 197 <sup>2)</sup>	14,1
Petersilie	149	141	- 5,4	.	.	.
Weißkohl	168	138	- 17,9	65 265	53 635 <sup>2)</sup>	- 17,8
Eissalat	79	120	51,9	22 646	...	...
Wirsing	113	98	- 13,3	33 962	28 302 <sup>2)</sup>	- 16,7
Rotkohl	85	62	- 27,1	29 880	22 295 <sup>2)</sup>	- 25,4
Sonstige Gemüsearten	1 164	1 236	6,2	.	.	.
Insgesamt	11 596	12 739	9,9	.	.	.

1) Trockenzwiebeln und Schalotten. - 2) Vorläufig.



Ernteschätzung für Erdbeeren und Baumobst im Marktobstbau 1998 nach Obstarten

Obstart	Bäume bzw. Anbaufläche			Baum- bzw. Hektarertrag			Erntemenge		
	1992	1997	Ver- änderung	D 1992/97	1997	1998	D 1992/97	1998	Abweichung vom mehr- jährigen Durchschnitt
	Anzahl bzw. ha		%	kg/Baum bzw. dt/ha			dt		%
Süßkirschen	77 013	90 143	17,0	22,1	8,6	14,9	17 534	13 395	- 23,6
Sauerkirschen	761 521	564 877	- 25,8	19,2	9,9	11,5	139 574	65 157	- 53,3
Äpfel	2 601 349	3 076 057	18,2	18,7	11,6	13,7 <sup>1)</sup>	500 814	421 420 <sup>1)</sup>	- 15,9
	1 971 <sup>2)</sup>	2 018 <sup>2)</sup>	102,4	254,1 <sup>3)</sup>	176,1 <sup>3)</sup>	208,8 <sup>1)3)</sup>			
Birnen	206 810	287 005	38,8	18,3	8,0	15,5 <sup>1)</sup>	40 336	44 486 <sup>1)</sup>	10,3
Pflaumen und Zwetschen	314 886	412 703	31,1	22,0	13,3	12,5 <sup>1)</sup>	72 752	51 588 <sup>1)</sup>	- 29,1
Mirabellen und Renekloden	39 726	42 200	6,2	21,1	15,1	14,4	8 458	6 089	- 28,0
Aprikosen	5 910	12 200	106,4	11,2	9,3	12,4	781	1 508	93,1
Pfirsiche	24 113	29 143	20,9	10,8	5,7	12,4	2 689	3 608	34,2
Erdbeeren	276 <sup>2)</sup>	313 <sup>2)</sup>	13,4	80,4 <sup>3)</sup>	90,8 <sup>3)</sup>	91,7 <sup>3)</sup>	18 275	28 710	57,1

1) Vorläufig. - 2) ha. - 3) dt/ha.

Jahr zu Jahr. Das Gemüseaufkommen wird vielmehr durch die Veränderungen im Anbauumfang bestimmt. Beim besonders geschätzten Spargel konnte wegen einer Erweiterung der Anbaufläche und besserer Hektarerträge eine um 10 % höhere Ernte als im Vorjahr eingebracht werden. Mit Ausnahme von Winterzwiebeln liegen die Erträge der anderen wichtigen Gemüsearten auf Vorjahresniveau oder darüber. Höhere Ernteaufkommen mit Steigerungen von mehr als 10 % sind bei Feldsalat, Brokkoli, Blumenkohl, Kohlrabi, Knollensellerie und Radieschen zu verzeichnen. Aufgrund des ausgedehnten Anbaus und der guten Flächenleistungen ist insgesamt mit einer höheren Gemüseernte zu rechnen.

**Nasskaltes Wetter verhinderte Insektenflug im Obstbau**

Schäden durch Winter- und Frühjahrsfröste sind dem Obstbau in diesem Jahr nur in geringem Umfang entstanden. Jedoch war der Insektenflug während der Blüte aufgrund der nasskalten Witterung bei vielen Obstarten unbefriedigend. Auch die Hitze und die Trockenheit im Mai, die vor allem bei Kirschen zu einem starken Fruchtfall führten, wirkten sich negativ aus. Von den Ernteberichterstattem wurden Blüte und Fruchtansatz allgemein durchschnittlich und somit deutlich besser als im letzten Jahr beurteilt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass 1997 erhebliche Frostschäden auftraten.

Die Kirschenernte ist in diesem Jahr etwas höher ausgefallen als im frostgeschädigten Jahr 1997. Sie blieb aber dennoch unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Bei Sauerkirschen im Marktobstbau unterschritt der Ertrag den Durchschnitt der letzten sechs Jahre um 40 %, während bei Süßkirschen der durchschnittliche Baumertrag um 33 % unter dem mehrjährigen Durchschnitt lag. Gegenüber dem Vorjahr ist die Sauerkirschenernte um 17 % und die Süßkirschenernte um 72 % höher ausgefallen. Rheinland-Pfalz ist bei Sauerkirschen das bedeutendste deutsche Erzeugerland. Mit 65 000 dt kam 1998 gut ein Drittel der Sauerkirschen aus rheinland-pfälzischer Produktion (1997: 34 %). Der Anbauschwerpunkt befindet sich mit zwei Drittel aller Sauerkirschbäume im Raum Mainz/Bingen.

Mit überdurchschnittlichen Flächenleistungen konnte eine um 6 % höhere Erdbeerernte eingebracht werden als 1997. Die Ertragsschätzungen für Pflaumen und Zwetschen liegen auf dem Vorjahresniveau und damit gut 40 % unter dem Sechsjahresdurchschnitt. Während Mirabellen und Renekloden das Vorjahresergebnis leicht unterschritten, ist bei Aprikosen und Pfirsichen eine überdurchschnittliche und höhere Ernte als im letzten Jahr eingebracht worden. Die Pfirsichernte erbrachte sogar eine mehr als doppelt so hohe Erntemenge wie im Vorjahr. Auch bei Äpfeln und Birnen ergeben sich bessere Baumerträge. Hier waren die Witterungsverhältnisse während der Blüte günstiger als bei Kirschen oder Pflaumen und Zwetschen. Der mehrjährige Ertragsdurchschnitt wird jedoch auch in diesem Jahr unterschritten. Bei Äpfeln im Marktobstbau werden mit Schwerpunkt in Rheinhessen und der Pfälzischen Rheinebene gegenüber 350 000 dt im Vorjahr etwa 420 000 dt erwartet. Während der Hitzeperiode im August sind an den Früchten in geringem Umfang Qualitätsbeeinträchtigungen durch Sonnenbrandschäden entstanden.

**Mehr Weinmost mit geringerer Qualität**

Wie bei allen Kulturarten sind auch bei Reben an Holz, Knospen und Laub in diesem Jahr keine nennenswerten Schäden durch Winter- und Frühjahrsfröste entstanden. Unter dem Einfluss von hohen Temperaturen ist der Austrieb und das weitere Rebenwachstum zügig verlaufen. Der Wachstumsstand im Mai erhielt in allen Anbaugebieten überdurchschnittlich gute und deutlich bessere Noten als im letzten Jahr.

Nachdem die Blüte frühzeitig eingesetzt hatte, wurde der Blüteverlauf durch kühlere Witterung kurzzeitig stark gehemmt, anschließend aber durch hochsommerliche Temperaturen unter günstigen Bedingungen abgeschlossen. Mehr als die Hälfte der Berichtersteller meldeten insgesamt einen guten Verlauf der Blüte. Die unbeständige Witterung im Juli mit teilweise ergiebigen



# Ernteschätzung für Weinmost 1998

Anbaugebiet Land	Hektarertrag			Erntemenge <sup>1)</sup>		
	D 1988/97	1997	1998 <sup>2)</sup>	D 1988/97	1997	1998 <sup>2)</sup>
	hl			1000 hl		
Ahr	81,9	47,4	94,1	37,5	23,7	46,9
Mittelrhein	81,9	51,4	91,4	53,0	29,8	53,1
Mosel-Saar-Ruwer	113,3	86,0	117,5	1 370,9	1 008,2	1 377,3
Nahe	92,4	60,4	95,3	404,0	268,0	422,7
Rheinhessen	102,9	86,4	102,5	2 506,8	2 213,8	2 625,2
Pfalz	111,5	99,1	107,9	2 436,9	2 252,5	2 453,6
Rheinland-Pfalz	106,7	88,4	106,4	6 809,1	5 796,0	6 978,9

1) Berechnet mit der Ertragsrebläche zum Stand 31. Mai 1997. – 2) Vorschätzung September.

Regenfällen vor allem in den nördlichen Anbaugebieten begünstigte das Auftreten von echtem Mehltau (Oidium). Der Wachstumsstand zu dieser Zeit war aber dennoch überdurchschnittlich und deutlich besser als im Vorjahr, wobei an Ahr, Mittelrhein und Mosel-Saar-Ruwer bessere Noten als in den südlichen Anbaugebieten vergeben wurden. Verrieselungsschäden sind nur in geringem Ausmaß aufgetreten. Entsprechend meldete auch die Mehrzahl der Berichterstatter (86 %) Ende Juli einen guten Traubenansatz.

Im August litten die Reben vor allem im Süden unter den fehlenden Niederschlägen und den sehr hohen Temperaturen mit der Folge von Trocken- und Sonnen-

brandschäden an den Trauben. Weiterhin bereitete der starke Oidiumbefall Probleme. Die Beerenreife begann bei allen Rebsorten früher als im Vorjahr. Bei Müller-Thurgau, Portugieser und Dornfelder lag ihr Beginn überwiegend vor dem 20. August.

Nach drei kleinen Ernten wird in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr eine mengenmäßig leicht überdurchschnittliche Weinmosternte erwartet. Die Ertragsschätzungen der Weinbauberichterstatter zu Ende September erbrachten eine voraussichtliche Erntemenge von rund 7 Mill. hl. Damit würde das Vorjahresergebnis um rund ein Fünftel überschritten. Ende August wurde die Erntemenge noch etwas niedriger eingeschätzt. Die hohen Niederschläge im September haben dann aber spürbare mengenmäßige Zuwächse gebracht. Inwieweit die Oktoberwitterung Menge und Qualität beeinflusst hat, bleibt abzuwarten. Es ist nicht auszuschließen, dass die Menge die Erwartungen noch übertreffen wird. Nachdem im letzten Jahr der Prädikatsweinanteil mit 69 % überdurchschnittlich hoch ausfiel, dürfte der weitaus überwiegende Anteil des 1998er Jahrgangs im Qualitätsweinbereich liegen. Genauere Ergebnisse bringen die endgültigen Berichterstatterschätzungen Ende November. Gewissheit über die endgültige Weinmosternte wird es im Februar nach Auswertung der Traubenerntemeldungen und der aktuellen Reblächen aus der EG-Weinbaukartei geben.

## Gütebeurteilung der Weinmosternte 1997 und 1998

Anbaugebiet Land	Weißwein		Rotwein	
	1997	1998	1997	1998
	Note			
Ahr	2,5	2,7	2,0	2,7
Mittelrhein	2,0	2,5	-	-
Mosel-Saar-Ruwer	2,1	2,7	2,2	2,5
Nahe	2,1	2,5	2,1	2,5
Rheinhessen	2,2	2,7	2,3	2,8
Pfalz	2,3	2,6	2,4	2,7
Rheinland-Pfalz	2,2	2,6	2,3	2,7

Diplom-Agraringenieur (FH) Rolf Port



# Die Wohnungsversorgung am Jahresende 1997

Das zweite Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978 beinhaltet auch die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes zum 31. Dezember eines jeden Jahres.

Als Datenquellen dienen die Statistik der Baufertigstellungen sowie die Statistik der Bauabgänge. Erfasst werden alle Baumaßnahmen, bei denen Wohnraum zu- oder abgeht. Dies gilt sowohl für Neubaumaßnahmen als auch für Veränderungsbaumaßnahmen an bereits bestehenden Gebäuden, bei denen der vorhandene Wohnraum verändert wird. Hinzu kommen die sonstigen Zugänge an Wohngebäuden, Wohnungen und Wohnräumen, die sich im Laufe eines Berichtsjahres durch gesonderte Meldung der Bundesvermögensämter im Bereich der ehemaligen exterritorialen Gebiete alliierter Streitkräfte ergeben haben, sobald die Gebäude nach vollendetem Truppenabzug in das Eigentum der Bundesrepublik Deutschland übergegangen sind.

Die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes gibt neben den reinen Bestandsdaten über Wohngebäude, Wohnungen, Räume und vorhandene Wohnfläche auch Auskunft über den Grad der Wohnungsversorgung der Bevölkerung und über die Belegungsdichte des vorhandenen Wohnraumes. Durch die jährliche Einlagerung der Fortschreibungsergebnisse in das Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz (LIS) können alle Merkmale der Statistik bis auf Gemeindeebene interessierten Datennutzern zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeindeergebnisse sind seit 1968 verfügbar. Nach der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987 wurde der Merkmalkatalog zusätzlich nach vorhandenen Gebäudearten und nach der Wohnfläche differenziert.

Im Rahmen der Gebäude- und Wohnungsfortschreibung werden Wohnheimgebäude und die zugehörigen Wohnungen nicht erfasst. Die Nichtwohngebäude

gehen ebenfalls nicht in den Gebäudebestand ein. Die in diesen Gebäuden liegenden Wohnungen finden dagegen in der Statistik Berücksichtigung.

## Ende 1997 erstmals mehr als 1 Mill. Wohngebäude im Bestand

Zum 31. Dezember 1997 wies der rheinland-pfälzische Wohngebäudebestand erstmals mehr als 1 Mill. Wohngebäude auf. Insgesamt gab es 1 008 526 Gebäude, davon 180 367 (18 %) in den kreisfreien Städten des Landes und 828 159 (82 %) in den Landkreisen. Der Gebäudebestand vergrößerte sich gegenüber dem Vorjahr (996 927) per Saldo (Zugänge abzüglich Totalabgänge) um 11 599 Bauwerke bzw. um 1,2 %. Im Bestand befanden sich zu diesem Zeitpunkt 694 193 Einfamilienhäuser (69 %) und 205 741 Wohngebäude mit zwei Wohneinheiten (20 %). Daneben gab es 108 592 Mietwohnbauten bzw. Gebäude mit Eigentumswohnungen (11 %), in denen sich drei und mehr Wohnungen befanden.

Seit der letzten Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) von 1987 mit einem Gebäudebestand von

### Wohnungszugänge<sup>1)</sup> 1992 bis 1997 nach Gebäudearten

Jahr	Nettozugang an Wohnungen in		
	Einfamilienhäusern	Zweifamilienhäusern	Mehrfamilienhäusern
	Anzahl		
1992	6 087	4 530	9 780
1993	6 509	5 670	13 595
1994	8 081	7 490	17 645
1995	6 578	7 402	19 541
1996	5 002	5 610	15 549
1997	5 903	6 774	13 638
1992 - 1997	38 160	37 476	89 748

1) Ohne Wohnungen in Wohnheimen.

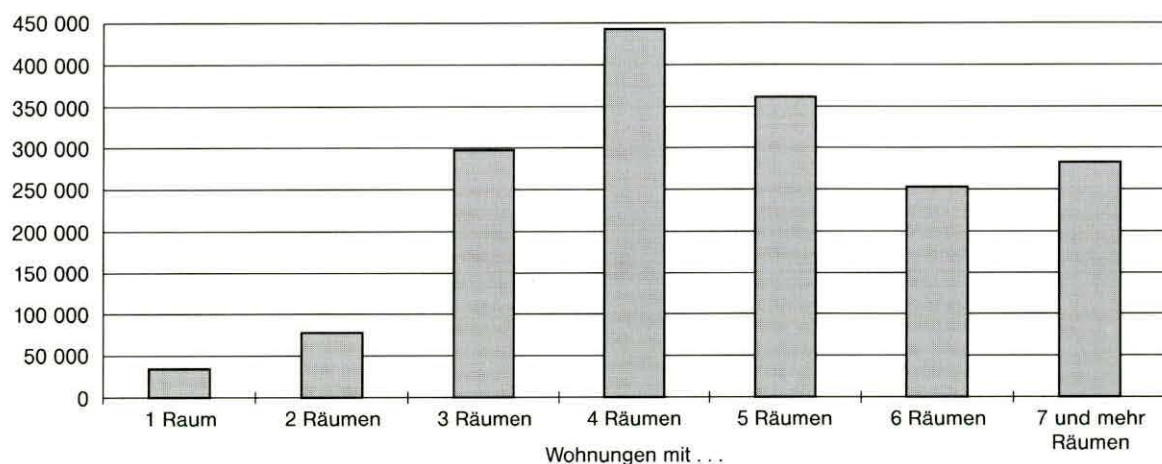
### Wohngebäude- und Wohnungsbestand 1987 bis 1997 nach Gebäudearten

Jahr <sup>1)</sup>	Wohngebäude <sup>2)</sup> insgesamt		Davon mit				
			1 Wohnung	2 Wohnungen		3 und mehr Wohnungen	
	Gebäude	Wohnungen	Gebäude/ Wohnungen	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen
	Anzahl						
1987	899 970	1 489 225	629 958	178 632	357 264	91 380	502 003
1988	908 414	1 502 467	635 968	180 517	361 034	91 929	505 465
1989	918 500	1 517 609	643 369	182 646	365 292	92 485	508 948
1990	927 777	1 533 545	649 799	184 634	369 268	93 344	514 478
1991	937 646	1 552 353	656 033	187 003	374 006	94 610	522 314
1992	947 529	1 572 750	662 120	189 268	378 536	96 141	532 094
1993	958 841	1 598 524	668 629	192 103	384 206	98 109	545 689
1994	973 352	1 631 740	676 710	195 848	391 696	100 794	563 334
1995	986 747	1 665 261	683 288	199 549	399 098	103 910	582 875
1996	996 927	1 691 422	688 290	202 354	404 708	106 283	598 424
1997	1 008 526	1 717 737	694 193	205 741	411 482	108 592	612 062

1) Stichtag 31. Dezember. – 2) Ohne Wohnheime.



Struktur des Wohnungsbestandes am 31. Dezember 1997



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 134/98

884 079 hat die Zahl der Wohngebäude binnen zehn Jahren um 124 447 bzw. um mehr als 14 % zugenommen. Bei der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe im September 1993 hatte der Bestand hochgerechnet 949 200 Gebäude betragen. Gegenüber diesem Datum errechnet sich ein Bestandszuwachs von rund 60 000 Gebäuden (+ 6,3 %).

Von Mai 1987 bis Ende 1997 wurden 77 653 Einfamilienhäuser errichtet. Das sind mehr als 7 000 Gebäude pro Jahr. Mit großem Abstand folgen die Zweifamilienhäuser (29 251) und die Geschosswohnbauten (17 609). Der prozentual größte Bestandszuwachs war in diesem Zeitraum dagegen bei den Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen zu verzeichnen. Mit einer Bestandserhöhung von 19,4 % lag diese Gebäudeart vor den Zweifamilien- (+ 16,6 %) und den Einfamilienhäusern (+ 12,6 %).

## Mehr als 1,7 Mill. Wohnungen in Rheinland-Pfalz

Der im Folgenden betrachtete Wohnungsbestand umfasst neben den Wohnungen in den Wohngebäuden auch Wohnungen in Nichtwohngebäuden. In allen Gebäuden befanden sich Ende 1997 insgesamt 1 748 958 Wohnungen. Gegenüber dem Vorjahr (1 721 845) betrug der Nettozugang 27 113 Wohnungen bzw. 1,6 %. Dieser Nettozugang resultiert per Saldo aus einem Bruttozugang von insgesamt 37 676 Wohnungen, dem 10 563 Wohnungsabgänge gegenüberstanden. Von den Wohnungszugängen waren 22 583 neu errichtete Wohnungen und 14 187 durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden zusätzlich geschaffene Einheiten. Hinzu kommt ein sonstiger Zugang von 906 Wohnungen, von denen 889 in ehemaligen Liegenschaften und Gebäuden der alliierten Stationierungstreitkräfte liegen. Rund 92 % der Bauabgänge

Bauzugänge und Bauabgänge 1997 nach der Zahl der Räume

Bestand Zugänge Abgänge	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden <sup>1)</sup>								Räume <sup>2)</sup>	Wohn- fläche
	ins- gesamt	davon mit ... Räumen <sup>2)</sup>								
		1	2	3	4	5	6	7 und mehr		
	Anzahl									100 m <sup>2</sup>
Bestand am 31. Dezember 1996	1 721 845	34 332	75 665	292 796	436 787	355 948	248 767	277 550	8 246 909	1 647 355
Zugang durch Neubau	22 583	380	1 633	3 995	5 350	4 252	3 529	3 444	106 165	23 009
Zugang durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	14 187	240	954	2 539	3 442	2 757	1 913	2 342	67 461	14 629
Sonstiger Zugang	906	4	85	84	208	298	160	67	4 239	849
Zugänge zusammen	37 676	624	2 672	6 618	9 000	7 307	5 602	5 853	177 865	38 487
Totalabgang	866	9	122	168	310	129	74	54	3 520	735
Abgang durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	9 697	349	392	1 818	2 657	2 031	1 338	1 112	44 027	8 932
Abgänge zusammen	10 563	358	514	1 986	2 967	2 160	1 412	1 166	47 547	9 667
Bestand am 31. Dezember 1997	1 748 958	34 598	77 823	297 428	442 820	361 095	252 957	282 237	8 377 227	1 676 175

1) Ohne Wohnheime. – 2) Einschließlich Küchen.



# Wohnungsbestand 1987 bis 1997 nach der Zahl der Räume

Jahr <sup>1)</sup>	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden <sup>2)</sup>						
	insgesamt	je 1 000 Einwohner	davon mit ... Räumen <sup>3)</sup>				
			1 und 2	3	4	5	6 und mehr
			Anzahl				
1987	1 515 611	417	90 570	258 548	388 702	314 051	463 740
1988	1 529 103	419	91 379	260 044	391 063	317 460	469 157
1989	1 544 551	417	92 351	261 614	393 580	321 530	475 476
1990	1 560 850	415	93 511	263 767	397 062	325 465	481 045
1991	1 580 028	413	95 086	266 543	401 511	329 608	487 280
1992	1 600 920	413	96 793	269 708	406 625	334 108	493 686
1993	1 627 190	414	99 550	274 340	412 689	339 199	501 412
1994	1 660 865	420	103 323	280 563	420 784	345 295	510 900
1995	1 695 062	426	107 055	287 437	429 774	351 395	519 401
1996	1 721 845	430	109 997	292 796	436 787	355 948	526 317
1997	1 748 958	435	112 421	297 428	442 820	361 095	535 194

1) Stichtag 31. Dezember. – 2) Ohne Wohnheime. – 3) Einschließlich Küchen.

(9 697) waren die Folge baulicher Veränderungen (Gebäudeverkleinerungen, Zusammenlegung von Wohnraum). 866 Totalabgänge ergaben sich durch Abriss (648) oder durch Nutzungsänderung (218).

Die meisten im Bestand vorhandenen Wohneinheiten sind Vier-Raum-Wohnungen (442 820) mit einem Anteil von 25,3 %. Dahinter rangieren die Fünf-Raum-Wohnungen (361 095 bzw. 20,6 %) und die Wohnungen mit drei Räumen (297 428 bzw. 17 %). Großwohnungen mit sieben oder mehr Räumen (282 237) und Wohnungen mit sechs Räumen (252 957) sind im rheinland-pfälzischen Wohnungsbestand wegen des hohen Bestands an Einfamilienhäusern mit Anteilen von gut 16 bzw. 14,5 % relativ häufig vertreten. Kleinwohnungen und Appartements sind dagegen weit seltener anzutreffen. Die Bestandsquote für die 77 823 Zwei-Raum-Wohnungen lag bei 4,4 %, Kleinwohnungen mit einem Raum (34 598) sind nur mit 2 % im Wohnungsbestand vertreten. Alle Wohnungen umfassen zusammen fast 8,4 Mill. Wohnräume (einschließlich Küchen), davon befinden sich 2,2 Mill. in großen Wohnungen, die sieben und mehr Wohnräume aufweisen.

## Wohnungsversorgung steigt seit 1993 wieder kontinuierlich

Hinsichtlich der Wohnungsversorgung der Rheinland-Pfälzer ist in den letzten Jahren eine erfreuliche Entwicklung zu beobachten. Dafür verantwortlich zeichnen insbesondere die privaten Bauherren und die Wohnungsbauunternehmen, die das Wohnungsbaugeschehen klar dominieren. Dagegen spielen öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbscharakter im Wohnungsbau kaum eine Rolle. Auch im Jahre 1997 waren es wiederum die privaten Bauherren, auf die die meisten Baufertigstellungen und damit die meisten Bestandszugänge entfielen. Für diese Bauherrengruppe wurden Baufertigstellungen von 9 611 Wohngebäuden mit 16 918 Wohnungen registriert. Einschließlich der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden errichteten die Privaten insgesamt 20 631 Wohnungen. Im Auftrag der Wohnungsunternehmen als Bauherren

wurden 1 157 Wohngebäude fertig gestellt, darin befanden sich 5 235 neue Wohnungen, die vorwiegend in Geschosswohnbauten (4 213) liegen.

Zum Jahresende 1987 hatte die Wohnungsversorgung der Bevölkerung bei 417 Wohnungen je 1 000 Einwohner gelegen. Trotz der von 1989 (16 155 bezugsreife Wohnungen) bis 1995 (34 822) jährlich steigenden Zahl der Wohnungsfertigstellungen stagnierte der Grad der Wohnungsversorgung bis zum Jahre 1993 zwischen 417 und 414 Wohnungen je 1 000 Einwohner. Dies lag insbesondere an der etwa um das Jahr 1990 einsetzenden zusätzlichen Wohnungsnachfrage, die durch sprunghaft steigende Zuzüge nach Rheinland-Pfalz ausgelöst wurde, verursacht durch den Fall der Mauer, die Grenzöffnung nach Osten, den Zustrom von Asylbewerbern und auch das Ausweichen von Haushalten aus angrenzenden hessischen Ballungsräumen.

Erst ab dem Jahre 1994 war die zusätzliche Nachfrage nach Wohnraum wieder geringer als der neu geschaffene Wohnraum, so dass der Versorgungsgrad der Bevölkerung auf 420 Einheiten je 1 000 Einwohner kletterte. Seither hat sich der Indikator von 426 (1995) über 430 (1996) auf 435 im letzten Berichtsjahr kontinuierlich verbessert. Diese Entwicklung ist auf dem rheinland-pfälzischen Wohnungsmarkt deutlich zu spüren. Die Jahre der Wohnraumknappheit (vor allem in den größeren Städten und ballungsraumnahen Gebieten) mit regional einhergehender Mietenexplosion sind vorbei, der Wohnungsmarkt hat sich zusehends – auch wegen des Truppenabzugs der alliierten Stationierungsstreitkräfte – entspannt. Beleg dafür sind das offenkundig größere Wohnungsangebot zu moderateren Mietpreisen und der starke Rückgang der Investitionsneigung in den Bau von Mietwohnungen in den letzten drei Jahren.

Hinsichtlich des Versorgungsgrades mit Wohnraum lag Ende 1997 die Stadt Kaiserslautern mit 512 Wohnungen je 1 000 Einwohner an der Spitze aller kreisfreien Städte. Knapp dahinter folgen die Stadt Pirmasens mit 511, Mainz mit 504 sowie die Stadt Trier mit 497 Wohnungen. Unter den Landkreisen nahm der Kreis



Wohnungsbestand, Wohnungsversorgung, Räume und Wohnfläche am 31. Dezember 1997  
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Wohnungs- bestand	Wohnungen je 1 000 Einwohner	Räume <sup>1)</sup>	Wohnfläche	Wohnfläche je Wohnung
	Anzahl			100 m <sup>2</sup>	m <sup>2</sup>
Kreisfreie Stadt Koblenz	54 438	423	229 819	45 131	82,9
Landkreise					
Ahrweiler	54 704	429	260 101	53 287	97,4
Altenkirchen (Ww.)	54 678	400	278 469	54 836	100,3
Bad Kreuznach	67 763	432	331 058	66 059	97,5
Birkenfeld	39 721	438	202 002	39 071	98,4
Cochem-Zell	27 889	427	148 122	29 561	106,0
Mayen-Koblenz	87 553	422	422 859	84 683	96,7
Neuwied	74 886	411	361 046	72 659	97,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	42 498	407	222 370	44 712	105,2
Rhein-Lahn-Kreis	55 196	431	270 091	54 514	98,8
Westerwaldkreis	78 361	393	407 229	83 435	106,5
RB Koblenz	637 687	430	3 133 166	627 947	98,5
Kreisfreie Stadt Trier	49 547	497	205 747	39 546	79,8
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	48 714	428	258 422	50 804	104,3
Bitburg-Prüm	40 018	415	216 033	42 424	106,0
Daun	27 787	436	145 630	28 671	103,2
Trier-Saarburg	52 921	391	284 661	56 237	106,3
RB Trier	218 987	430	1 110 493	217 681	99,4
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	22 284	457	94 358	18 694	83,9
Kaiserslautern	51 844	512	208 403	40 302	77,7
Landau i. d. Pfalz	18 801	469	85 453	17 213	91,6
Ludwigshafen a. Rhein	78 592	473	318 057	60 910	77,5
Mainz	93 905	504	363 669	70 838	75,4
Neustadt a. d. Weinstr.	25 429	473	115 766	23 285	91,6
Pirmasens	24 129	511	102 658	19 844	82,2
Speyer	22 817	460	97 432	19 474	85,3
Worms	36 798	456	158 228	30 783	83,7
Zweibrücken	16 871	470	78 756	15 430	91,5
Landkreise					
Alzey-Worms	48 099	400	245 409	50 919	105,9
Bad Dürkheim	57 759	436	285 193	58 324	101,0
Donnersbergkreis	31 546	408	161 488	32 689	103,6
Germersheim	48 928	403	238 902	50 033	102,3
Kaiserslautern	48 883	445	248 299	50 505	103,3
Kusel	33 256	418	176 746	34 838	104,8
Südliche Weinstraße	44 537	412	227 787	46 586	104,6
Ludwigshafen	62 801	431	305 722	63 511	101,1
Mainz-Bingen	81 162	426	393 917	80 272	98,9
Südwestpfalz	43 843	414	227 325	46 095	105,1
RB Rheinhessen-Pfalz	892 284	446	4 133 568	830 546	93,1
Rheinland-Pfalz	1 748 958	435	8 377 227	1 676 175	95,8
Kreisfreie Städte	495 455	486	2 058 346	401 451	81,0
Landkreise	1 253 503	418	6 318 881	1 274 724	101,7

1) Einschließlich Küchen.



Kaiserslautern (445) die Spitzenposition ein, dahinter folgen Birkenfeld (438), Bad Dürkheim (436), Bad Kreuznach (432), der Rhein-Lahn-Kreis und der Landkreis Ludwigshafen (je 431). Nur zwei der 36 Städte und Landkreise lagen unter der Marke von 400 Wohnungen je 1 000 Einwohner. Dies waren der Westerwaldkreis (393) und Trier-Saarburg (391), wo der Versorgungsgrad mit Wohnungen somit weit unterdurchschnittlich (Rheinland-Pfalz: 435, Landkreise: 418) war. Da die Nachfrage nach Wohnraum – insbesondere nach Mietwohnungen – hier niedriger ist als in den strukturstärkeren Ballungsräumen mit geringerer Belegungsdichte, ist der unterdurchschnittliche Versorgungsgrad lediglich ein Indiz für eine rechnerisch geringere, keineswegs aber für eine schlechtere Wohnungsverversorgung der Bevölkerung. So gehören die letztgenannten Landkreise traditionell zu den Gebieten mit den höchsten Anteilen an Eigentümerwohnungen und weisen daher einen sehr hohen Ein- und Zweifamilienhausbestand auf. Im Schnitt sind hier die Wohnungen mit rund 2,5 Personen belegt, in den Städten Kaiserslautern und Mainz beanspruchten dagegen nur 2 Personen eine Wohnung.

Im Westerwaldkreis sind fast 74 % aller Wohngebäude Einfamilienhäuser, im Kreis Trier-Saarburg waren es Ende 1997 sogar noch mehr (74,5 %). Bei den Wohngebäuden mit zwei Wohnungen beliefen sich die Werte Ende 1997 für beide Landkreise auf etwas über 20 %. Wohngebäude mit drei und mehr Wohneinheiten sind dort eher selten anzutreffen. Diese Gebäudekategorie war jeweils nur zu gut 5 % im Bestand vertreten.

### Rheinland-Pfalz bei der Wohnfläche Spitze

Aussagekräftiger als der Versorgungsgrad je 1 000 Einwohner ist für die Beurteilung der Wohnqualität die zur Verfügung stehende Wohnfläche je Wohnung bzw. die vorhandene Wohnfläche je Einwohner. Rheinland-Pfalz nimmt in beiden Kategorien eine Spitzenposition unter den Bundesländern ein. Mit einer je Wohnung vorhandenen Wohnfläche von im Schnitt 95,7 m<sup>2</sup> belegt Rheinland-Pfalz zusammen mit dem Saarland Platz eins unter den Bundesländern. Je Einwohner stehen durchschnittlich 41,2 m<sup>2</sup> an Fläche für Wohnzwecke zur Verfügung, kaum weniger als im Saarland, das mit 42 m<sup>2</sup> je Einwohner über das größte Raumangebot verfügt. Unter den Bundesländern reicht die Spanne bis zum Land Mecklenburg-Vorpommern, wo sich je Einwohner ein Mittelwert von 30,6 m<sup>2</sup> Wohnfläche errechnet. Da dem Statistischen Bundesamt zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Beitrages noch nicht alle Länderergebnisse mit Stand 31. Dezember 1997 vorlagen, bezieht sich dieser Ländervergleich auf das Vorjahresergebnis (31. Dezember 1996).

Zum 31. Dezember 1997 hat sich die durchschnittliche Wohnungsgröße in Rheinland-Pfalz weiter nach oben entwickelt. Sie betrug 95,8 m<sup>2</sup> je Wohnung. Dabei stellt sich das durchschnittliche Raumangebot in den Städten mit weit höherem Mietwohnungsanteil anders dar als in den Landkreisen mit hohem Anteil an Eigentü-

merwohnungen. Für die Stadtgebiete errechnet sich wegen der dort häufiger anzutreffenden Appartements und Kleinwohnungen mit einem Raum bzw. mit zwei Räumen eine durchschnittliche Wohnungsgröße von 81 m<sup>2</sup>, in den Kreisgebieten waren die Einheiten mit im Schnitt gut 20 m<sup>2</sup> mehr weitaus größer (101,7 m<sup>2</sup>).

Die durchschnittlich größten Wohnungen befinden sich im Westerwaldkreis (106,5 m<sup>2</sup>) und in den Kreisen Trier-Saarburg (106,3 m<sup>2</sup>), Cochem-Zell, Bitburg-Prüm (je 106 m<sup>2</sup>) und Alzey-Worms (105,9 m<sup>2</sup>). Es folgen der Rhein-Hunsrück-Kreis (105,2 m<sup>2</sup>) und der Landkreis Südwestpfalz mit einem Mittelwert von 105,1 m<sup>2</sup> Wohnfläche je Wohnung.

Insgesamt sind die Wohnverhältnisse in allen 24 Landkreisen sehr homogen. In den meisten Kreisgebieten betrug die Durchschnittsfläche je Wohnung mehr als 100 m<sup>2</sup>, in allen übrigen reichten die Mittelwerte nahe an 100 m<sup>2</sup> heran.

Unter den kreisfreien Städten nahmen Neustadt und Landau (je 91,6 m<sup>2</sup>) die Spitzenposition ein, dicht gefolgt von Zweibrücken (91,5 m<sup>2</sup>). Die im Schnitt kleinsten Wohnungen befinden sich erwartungsgemäß in Mainz (75,4 m<sup>2</sup>), was sich durch die hohe Zahl an Kleinwohnungen insbesondere auch für Studierende erklärt. So gab es in der Landeshauptstadt zum 31. Dezember 1997 insgesamt 7 782 Wohnungen mit nur einem Raum. Das waren 8,3 % des gesamten Wohnungsbestandes von Mainz und mehr Ein-Raum-Wohnungen als im gesamten Regierungsbezirk Koblenz (7 705).

Die Gesamtwohnfläche in Rheinland-Pfalz beziffert sich Ende 1997 auf insgesamt rund 168 Mill. m<sup>2</sup>. Sie hat sich binnen Jahresfrist um 2,9 Mill. m<sup>2</sup> vergrößert (+ 1,7 %). Die Wohnungen in den Landkreisen weisen gut 127 Mill. m<sup>2</sup> an Fläche auf, die in den kreisfreien Städten haben ein Raumangebot von knapp über 40 Mill. m<sup>2</sup>. Die Fläche verteilt sich auf insgesamt fast 8,4

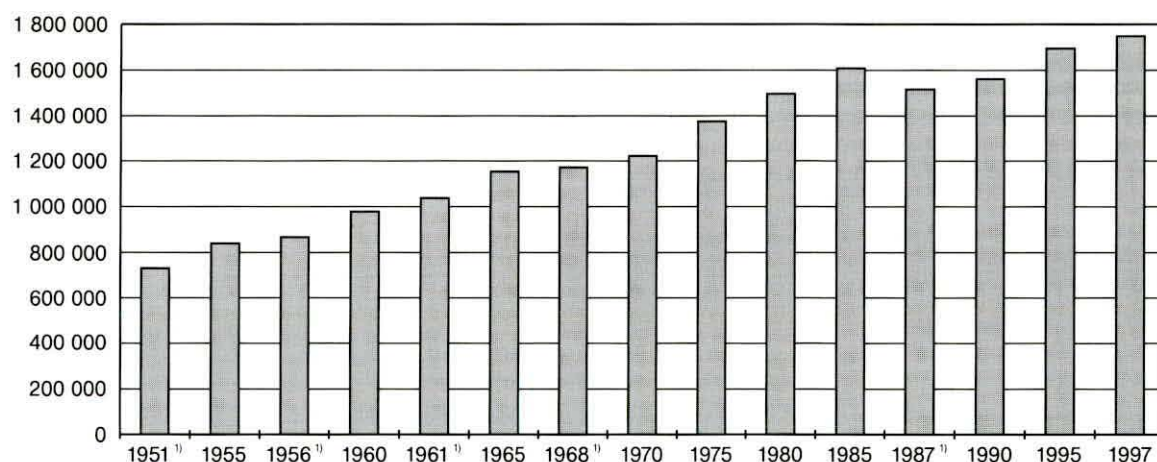
Wohnungsversorgung in Deutschland  
am 31. Dezember 1996

Land	Wohnfläche je Wohnung	Wohnfläche je Einwohner	Wohnungen je 1 000 Einwohner	Räume <sup>1)</sup> je Wohnung
	m <sup>2</sup>		Anzahl	
Baden-Württemberg	89,3	38,5	432	4,5
Bayern	90,4	39,7	439	4,5
Berlin	68,8	35,7	518	3,6
Brandenburg	72,9	32,3	443	4,1
Bremen	75,3	37,7	500	4,1
Hamburg	70,6	34,4	487	3,9
Hessen	89,5	38,8	433	4,5
Mecklenburg-Vorpommern	70,1	30,6	436	4,0
Niedersachsen	92,5	39,8	431	4,7
Nordrhein-Westfalen	82,8	36,0	435	4,3
Rheinland-Pfalz	95,7	41,2	430	4,8
Saarland	95,7	42,0	439	4,8
Sachsen	67,3	32,9	489	4,0
Sachsen-Anhalt	71,8	33,4	466	4,1
Schleswig-Holstein	85,0	38,7	455	4,4
Thüringen	74,0	33,1	447	4,2

1) Einschließlich Küchen.



Entwicklung des Wohnungsbestandes 1951 - 1997



1) Jahre mit neuer Fortschreibungsbasis aufgrund einer Gebäude- und Wohnungszählung.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 135/98

Mill. Wohnräume in den rund 1,75 Mill. Wohnungen im Land. Daraus errechnet sich eine fiktive durchschnittliche Wohnungsgröße von 4,8 Räumen je Wohnung.

Die Wohnungszählung ist nach wie vor nicht abgeschlossen. Für das Berichtsjahr 1998 wurden dem Statistischen Landesamt bereits weitere Freigabemeldungen mitgeteilt.

### Seit 1992 Wohnungszugänge durch ehemalige Militärwohnungen

Seit der ersten Freigabemeldung der Bundesvermögensämter im Jahre 1992 konnten dem Wohnungsbestand jährlich ehemalige Wohngebäude und Wohnungen der Stationierungstreitkräfte (ohne privatrechtlich angemietete Wohnungen auf deutschem Territorium) zugerechnet werden. Insgesamt erhöhte sich der Bestand an solchen Wohnungen bis zum 31. Dezember 1997 um 4 316 Einheiten, an Wohngebäudezugängen wurden bislang 394 mit einer Wohnfläche von 392 500 m<sup>2</sup> registriert.

Im Jahre 1997 erhielt das Statistische Landesamt Freigabemeldungen für zusammen 112 Wohngebäude mit 889 Wohnungen. Diese lagen im Gebiet der Städte Zweibrücken (146), Pirmasens (296) und Speyer (261) sowie in Heidesheim (186). Die dem Bestand hinzugerechneten Wohneinheiten weisen eine Wohnfläche von 83 800 m<sup>2</sup> auf, je Wohnung sind das durchschnittlich 94,3 m<sup>2</sup>.

Da es sich bei den Gebäuden meist um Wohnsiedlungsgebäude innerhalb von ehemaligen Kasernenanlagen handelt, wurde der überwiegende Zugang (102 Gebäude mit 879 Wohnungen) in der Kategorie der Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen registriert. Nach Freigabe der Wohnungen stehen diese dem örtlichen Wohnungsmarkt zur Anmietung oder Kaufinteressenten (Eigentumswohnungen) zur Verfügung. Der Prozess der Gebäude- und Wohnungsrückführung in das Eigentum der Bundesrepublik Deutschland und anschließender Weiternutzung bzw. Veräußerung ist nach wie vor nicht abgeschlossen.

### Wohngebäudebestand seit 1951 mehr als verdoppelt

Dem Statistischen Landesamt liegen die Fortschreibungsergebnisse des Gebäude- und Wohnungsbestandes seit dem Jahre 1951 vor. Seit der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 wird der Bestand auch nach Gebäudekategorien fortgeschrieben.

Die ersten Bestandsdaten des Jahres 1951 weisen einen Bestand von 477 708 Wohngebäuden nach, der Wohnungsbestand bezifferte sich auf 730 601 Wohnungen. Seither ist der rheinland-pfälzische Wohngebäudebestand um etwas mehr als 111 % auf 1 008 526 Gebäude angewachsen. Der Wohnungsbestand in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden wuchs im gleichen Zeitraum sogar um fast 140 % auf 1 748 958 Einheiten. Seit der Zählung im Jahre 1951 wurden die Fortschreibungsbestände viermal durch Totalerhebungen (1956, 1961, 1968 und 1987) berichtigt, die zugleich eine neue Fortschreibungsbasis bildeten. Dabei stellt das Jahr 1987 mit dem Zensus vom 25. Mai (GWZ 1987) hinsichtlich der Gebäude ein Novum dar. Erstmals waren am Jahresende zum Zeitpunkt der auf der GWZ 1987 basierenden Fortschreibung weniger Wohngebäude vorhanden als am 31. Dezember des Vorjahres. Insgesamt war der Gebäudebestand am 31. Dezember 1987 gegenüber dem Vorjahresende trotz der Baufertigstellungen in 1987 um fast 10 000 Gebäude niedriger, der Wohnungsbestand war gar um rund 110 000 Einheiten „geschrumpft“. Bei den Wohneinheiten – nicht bei den Gebäuden – war ein ähnliches Phänomen bereits 1968 im Vergleich zu 1967 (– 40 000 Wohnungen) zu beobachten gewesen.



Die Gründe für diesen Knick in der Bestandsentwicklung sind vielfältig. Zum einen wirkt sich eine etwa vorhandene Untererfassung der Bauabgänge (sofern diese nicht oder nur unvollständig gemeldet werden) bestandsüberhöhend aus. Zum anderen waren zum Zeitpunkt der GWZ 1987 viele Einliegerwohnungen mit einem Raum oder zwei Räumen nicht mehr vorhanden, im Bestand vom 31. Dezember 1986 aber noch registriert. Dies lag daran, dass der Bau insbesondere von Einliegerwohnungen in Zweifamilienhäusern vor 1987 stark gefördert wurde und so in die Fertigstellungsmeldungen einging. Zum Zählungszeitpunkt 25. Mai 1987 wurden viele dieser Wohneinheiten aber längst vom Gebäudeeigentümer mitgenutzt; aus den ehemaligen Wohngebäuden mit zwei Wohneinheiten waren zwi-

schenzeitlich Einfamilienhäuser geworden. Bestandsdifferenzen gegenüber dem Wohnungsbestand am 31. Dezember 1986 waren im Bestand der Fortschreibung zum 31. Dezember 1987 demzufolge größtenteils bei den Zweiraumwohnungen spürbar (- 45218 Wohnungen).

Mit der immer größer werdenden Entfernung zum Zählungszeitpunkt Mai 1987 wird der Zwang zur Schaffung einer neuen Datenbasis für die gesetzlich vorgeschriebene Gebäude- und Wohnungsfortschreibung stärker. Der Weg, möglichst rationell und kostengünstig an neue Basisdaten zu gelangen, wird derzeit zwischen Bund, Ländern und der Fachstatistik diskutiert.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hessler



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1000	3 986	4 010	4 010	4 012	4 015	4 018	4 018	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	1 895	1 876	2 369	2 853	2 940	2 474 <sup>p</sup>	2 132 <sup>p</sup>	2 933 <sup>p</sup>	2 846 <sup>p</sup>
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,7	5,6	7,2	8,4	8,6	7,3 <sup>p</sup>	6,5 <sup>p</sup>	8,6 <sup>p</sup>	8,3 <sup>p</sup>
Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	3 411	3 473	3 572	3 903	3 623	3 045 <sup>p</sup>	3 241 <sup>p</sup>	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,4	10,8	11,5	10,6	8,9 <sup>p</sup>	9,8 <sup>p</sup>	...	...
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 646	3 601	3 364	3 371	3 398	3 246 <sup>p</sup>	3 638 <sup>p</sup>	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	10,2	9,9	10,0	9,5 <sup>p</sup>	11,0 <sup>p</sup>	...	...
Im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>3)</sup>	Anzahl	17	18	19	22	12	6 <sup>p</sup>	15 <sup>p</sup>	...	...
je 1000 Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	5,0	5,2	5,5	5,8	3,2	1,9 <sup>p</sup>	4,7 <sup>p</sup>	...	...
Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 236	- 128	208	532	225	- 201 <sup>p</sup>	- 397 <sup>p</sup>	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 0,4	0,6	1,6	0,7	- 0,6 <sup>p</sup>	- 1,2 <sup>p</sup>	...	...
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	9 520	8 948	8 564	9 920	10 279	7 342	8 418	...	...
Fortgezogene	Anzahl	7 397	7 381	6 725	7 839	7 942	6 896	7 740	...	...
Wanderungssaldo	Anzahl	2 123	1 567	1 839	2 081	2 337	446	678	...	...
Innerhalb des Landes										
Umgezogene <sup>5)</sup>	Anzahl	13 777	13 861	12 897	14 673	16 019	12 218	12 950	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
Arbeitslose	Anzahl	149 782	163 768	154 912	160 942	162 030	151 631	147 684	152 306	151 850
Männer	Anzahl	87 062	94 978	88 719	90 863	90 454	85 710	82 371	83 256	82 091
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 954	10 360	8 529	.	.	.	7 783	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	47 287	50 739	48 402	.	.	.	44 162	.	.
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	%	8,5	9,2	8,7	9,1	9,1	8,4	8,2	8,5	8,5
Arbeitslosenquote <sup>7)</sup>	%	9,4	10,3	9,7	10,1	10,2	9,4	9,1	9,4	9,4
Offene Stellen	Anzahl	22 792	24 137	26 219	26 826	29 195	31 809	31 498	32 461	32 441
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	758	700	698	.	.	.	997	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 445	4 800	5 002	.	.	.	6 695	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	11 817	7 114	5 908	3 889	2 809	3 945	2 664	2 244	2 176
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Schlachtmengen <sup>8)</sup></b>										
Rinder	t	13 585	12 943	12 620	12 352	10 817	12 074	12 090	11 454	11 556
Kälber	t	3 460	3 348	2 773	2 826	2 572	2 757	2 683	2 659	2 506
Schweine	t	31	33	23	23	20	24	19	16	19
	t	9 995	9 453	9 727	9 405	8 139	9 180	9 272	8 684	8 933
<b>Milch</b>										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	64 801	62 957	68 625	68 789	64 298	69 421	66 644	67 282	64 335
<b>Eier</b>										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3000 Haltungsplätzen	1000	15 786	15 626	15 144	15 832	15 004	15 749	14 880	14 514	15 096
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>9) 10)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	2 195	2 324	2 318	2 320	2 325	2 270	2 268	2 284	2 285
Beschäftigte	1000	312	312	311	313	314	310	311	312	314
Arbeiter <sup>11)</sup>	1000	202	201	200	202	202	199	200	202	202
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 463	26 567	27 172	28 055	23 898	26 212	26 630	27 386	24 519
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 657	1 680	1 841	1 616	1 571	1 640	1 885	1 656	1 602
Löhne	Mill. DM	892	901	946	878	857	887	954	913	877
Gehälter	Mill. DM	765	779	895	738	714	753	931	743	725
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 672	9 287	9 836	9 684	8 406	9 333	9 612	9 980	8 554
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 537	3 883	4 061	3 979	3 488	3 821	3 921	4 037	3 459
Exportquote <sup>12)</sup>	%	40,8	41,8	41,3	41,1	41,5	40,9	40,8	40,5	40,4

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 11) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 12) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Kohleverbrauch <sup>1)</sup>	1 000 GJ	7 259	...	6 661	.	.	.	5 234	.	.
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) <sup>1)2)</sup>	Mill. kWh	7 989	...	8 324	.	.	.	9 175	.	.
Heizölverbrauch <sup>1)</sup>	1 000 t	80	...	66	.	.	.	60	.	.
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	40	...	31	-	-	-	28	-	-
schweres Heizöl	1 000 t	41	...	36	-	-	-	31	-	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 108	...	1 161	1 212	1 140	1 153	1 173	1 202	1 124
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	243	...	184	197	190	166	164	165	129
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	386	410	379	365	222	416	315	314	...
Eigenverbrauch	Mill. kWh	27	24	23	21	20	20	17	19	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	359	386	356	344	202	396	298	295	...
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	64	73	77	79	37	80	54	34	...
Wind-, und Solarenergie	Mill. kWh	0,07	0,12	0,07	0,21	0,10	0,11	0,14	0,16	...
Wärmekraft	Mill. kWh	295	313	279	265	165	316	244	261	...
Steinkohle	Mill. kWh	98	80	54	58	102	90	81	82	...
Erdgas	Mill. kWh	186	217	212	197	56	215	152	167	...
Heizöl	Mill. kWh	1,47	5,88	4,33	0,05	0,05	0,06	0,21	0,11	...
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	9	10	9	10	7	11	11	12	...
Stromeinspeisung	Mill. kWh	9	12	11	11	6	15	12	12	...
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	6	7	7	6	5	9	7	9	...
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 233	3 169	2 881	2 984	2 940	3 042	3 274	3 391	...
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 607	1 483	1 370	1 396	1 290	1 482	1 649	1 694	...
Stromabgabe an das öffentl. Netz <sup>3)</sup>	Mill. kWh	1 994	2 085	1 878	1 944	1 859	1 970	1 935	2 004	...
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,94	0,35	0,25	0,18	0,27	0,27	0,26	0,37	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 404	5 412	4 119	4 021	3 237	4 185	3 568	3 736	...
Verfügbare Gasmenge <sup>4)</sup>	Mill. kWh	5 403	5 369	4 078	4 021	3 238	4 182	3 565	3 733	...
Handwerk <sup>5)</sup>										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1994=100	90	88	87	.	.	.	...	.	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1994=100	91	95	96	.	.	.	...	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>6) 7)</sup>										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 225	47 644	48 947	48 967	49 409	45 428	45 469	45 368	46 340
Facharbeiter	Anzahl	25 669	25 556	26 485	26 329	26 538	23 774	23 742	23 929	24 132
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 940	8 474	8 722	8 985	9 020	8 474	8 589	8 537	8 822
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 707	4 754	5 668	5 964	4 669	4 604	4 837	5 103	4 438
Hochbau insgesamt	1 000	2 982	3 038	3 534	3 711	3 020	2 822	2 976	3 148	2 710
Wohnungsbau	1 000	1 878	1 967	2 383	2 471	1 946	1 861	1 968	2 080	1 771
gewerblicher Hochbau	1 000	816	798	818	907	801	720	748	792	718
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	754	730	784	838	747	628	682	743	552
Bahn und Post	1 000	28	44	11	48	26	73	26	22	141
landwirtschaftlicher Bau	1 000	35	24	23	21	28	19	40	27	25
öffentlicher Hochbau	1 000	288	274	334	333	273	241	260	276	221
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	69	66	91	94	55	41	56	71	53
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	219	208	243	239	218	200	204	205	168
Tiefbau insgesamt	1 000	1 725	1 716	2 134	2 253	1 649	1 782	1 861	1 955	1 728
gewerblicher Tiefbau	1 000	459	448	580	559	426	434	445	514	412
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	354	361	479	467	352	362	352	399	330
Bahn und Post	1 000	104	88	101	92	74	72	93	115	82
öffentlicher Tiefbau	1 000	580	565	684	713	524	648	671	650	582
Straßenbau	1 000	687	703	870	981	699	700	745	791	734
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	199	202	214	206	186	191	197	194
Löhne	Mill. DM	156	154	157	168	161	142	146	154	150
Gehälter	Mill. DM	43	46	45	45	45	44	45	43	44
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	631	676	779	813	723	618	660	723	702

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m<sup>3</sup> = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. – 4) Einschließlich Meßdifferenzen. – 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	913	1 009	1 238	1 340	1 101	1 245	1 196	1 266	1 022
mit 1 Wohnung	Anzahl	587	704	861	973	762	879	869	926	753
mit 2 Wohnungen	Anzahl	188	195	258	237	224	257	230	256	198
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	110	119	130	115	109	97	84	71
Umbauter Raum	1000 m³	1 067	1 117	1 306	1 411	1 244	1 389	1 266	1 305	1 070
Wohnfläche	1000 m²	189	197	227	250	221	244	218	231	189
Wohnräume	Anzahl	8 584	9 044	10 333	12 763	9 778	10 779	9 809	10 144	8 386
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	461	482	559	599	535	601	542	560	465
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	4	6	4	4	4	1	6	1
Unternehmen	Anzahl	109	146	121	261	163	145	175	149	106
Private Haushalte	Anzahl	801	860	1 111	1 075	934	1 096	1 020	1 111	915
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	162	184	222	245	211	192	231	278	247
Umbauter Raum	1000 m³	741	881	1 056	1 343	1 126	780	893	1 398	1 328
Nutzfläche	1000 m²	123	143	169	205	189	133	151	243	200
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	174	192	208	259	282	185	187	272	208
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	18	13	16	25	24	21	21	22
Unternehmen	Anzahl	136	155	194	217	164	161	198	249	218
Private Haushalte	Anzahl	8	11	15	12	22	7	12	8	7
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 141	2 128	2 343	3 014	2 361	2 309	2 170	2 217	1 853
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 198	3 441	3 626	3 637	3 185	3 732	3 520	3 906	...
EU-Länder	Mill. DM	1 902	1 905	2 055	1 949	1 674	2 014	1 953	2 206	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	228	225	241	217	213	249	225	240	...
Dänemark	Mill. DM	49	59	58	56	55	56	58	62	...
Finnland	Mill. DM	26	28	29	26	38	29	26	32	...
Frankreich	Mill. DM	510	454	503	474	369	536	468	538	...
Griechenland	Mill. DM	23	27	30	23	24	32	27	44	...
Großbritannien	Mill. DM	279	290	310	315	257	275	279	356	...
Irland	Mill. DM	13	13	11	9	8	15	13	14	...
Italien	Mill. DM	234	242	283	254	142	254	257	278	...
Niederlande	Mill. DM	203	211	211	214	223	205	229	214	...
Österreich	Mill. DM	131	134	139	135	142	147	145	159	...
Schweden	Mill. DM	60	56	63	47	55	47	50	55	...
Spanien	Mill. DM	121	141	145	151	125	144	149	183	...
Portugal	Mill. DM	24	25	30	26	22	26	28	28	...
USA und Kanada	Mill. DM	225	253	225	253	244	282	295	306	...
Japan	Mill. DM	84	83	82	73	76	71	56	69	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	443	529	563	568	563	473	457	547	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	217	301	324	341	275	502	408	413	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 315	2 312	2 335	2 339	2 315	2 507	2 700	2 927	...
EU-Länder	Mill. DM	1 534	1 455	1 433	1 431	1 463	1 617	1 579	1 759	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	230	247	254	283	286	367	310	325	...
Dänemark	Mill. DM	47	45	41	42	47	41	48	54	...
Finnland	Mill. DM	11	9	8	7	9	11	15	13	...
Frankreich	Mill. DM	468	359	379	290	402	320	325	474	...
Griechenland	Mill. DM	3	2	1	2	1	3	2	3	...
Großbritannien	Mill. DM	106	108	111	131	97	104	144	138	...
Irland	Mill. DM	20	20	24	18	29	20	19	19	...
Italien	Mill. DM	174	166	183	197	141	158	185	198	...
Niederlande	Mill. DM	219	239	204	246	234	309	230	227	...
Österreich	Mill. DM	71	77	77	80	78	84	92	112	...
Schweden	Mill. DM	57	44	36	21	52	83	81	44	...
Spanien	Mill. DM	104	114	99	86	63	95	103	127	...
Portugal	Mill. DM	23	25	17	29	23	23	27	26	...
USA und Kanada	Mill. DM	157	160	155	141	140	180	204	318	...
Japan	Mill. DM	99	82	65	73	82	85	111	74	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	166	186	209	222	199	156	171	219	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	135	196	208	214	182	239	219	253	...



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
<b>Einzelhandel <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	99,5	98,4	95,6	95,8	96,7	98,1	96,9	96,6	95,7
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	102,7	104,1	101,3	101,9	102,3	107,9	107,3	108,0	106,6
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,0	101,5	102,0	104,6	91,2	99,7	97,2	101,3	89,5
<b>Großhandel <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	98,5	97,7	98,2	99,4	99,7	97,8	97,7	99,5	99,9
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,6	103,9	109,1	113,5	97,4	102,0	105,4	110,2	95,5
<b>Gastgewerbe <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	98,3	95,2	98,0	98,5	99,0	102,9	100,7	101,0	99,0
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	99,7	97,5	101,3	101,5	102,5	110,3	108,3	108,4	107,2
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	99,6	96,1	101,2	101,4	103,0	113,3	105,0	104,5	108,8
<b>Tourismus</b>										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	512	507	603	581	660	752	627	635	720
Ausländer	1000	101	101	122	157	160	140	123	169	174
Übernachtungen	1000	1 728	1 626	1 853	2 077	2 411	2 075	1 871	2 314	2 506
Ausländer	1000	316	308	344	556	573	358	337	579	598
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterempfang	1000 t	1 336	1 364	1 457	1 596	1 350	1 347	1 424	1 447	...
Güterversand	1000 t	788	803	831	865	863	673	704	776	...
<b>Straßenverkehr</b>										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 607	15 873	19 925	17 964	12 850	18 029	18 811	17 886	13 458
Krafträder	Anzahl	1 285	1 512	2 734	1 854	1 390	2 282	2 109	1 749	1 190
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 313	13 235	16 163	14 885	10 618	14 371	15 270	14 655	11 240
Lastkraftwagen	Anzahl	678	799	954	848	616	880	940	1 090	790
Zugmaschinen	Anzahl	192	192	301	226	126	298	324	227	135
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 467	1 488	1 755	1 797	1 705	1 771	1 705	1 702	1 608 <sup>p</sup>
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 956	8 007	7 959	7 995	6 724	7 548	7 601	8 241	7 294 <sup>p</sup>
Verunglückte Personen	Anzahl	1 981	2 025	2 459	2 397	2 287	2 355	2 245	2 261	2 162 <sup>p</sup>
Getötete	Anzahl	31	32	26	43	47	44	39	37	43 <sup>p</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	19	19	17	20	27	19	24	20	30 <sup>p</sup>
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	4	14	12	14	8	11	6 <sup>p</sup>
Radfahrer	Anzahl	2	2	2	5	4	4	3	4	3 <sup>p</sup>
Fußgänger	Anzahl	4	4	2	4	3	4	3	1	1 <sup>p</sup>
Schwerverletzte	Anzahl	497	490	590	585	593	573	575	520	571 <sup>p</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	285	266	309	280	274	244	266	266	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	86	97	125	145	160	188	166	150	...
Radfahrer	Anzahl	52	56	87	83	97	72	78	65	...
Fußgänger	Anzahl	56	50	42	51	42	47	43	33	...
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
Konkurse <sup>3)</sup>	Anzahl	102	104	147	120	82	109	90	158	88
Angemeldete Forderungen	1000 DM	67 528	75 825	74 866	102 563	64 849	77 910	126 432	79 158	61 291
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	1	-	-	-	-

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>Kredite und Einlagen <sup>1)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	142 495	155 992	147 193	-	-	-	162 375	-	-
Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	139 651	151 431	143 451	-	-	-	156 637	-	-
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	24 069	25 244	24 217	-	-	-	25 596	-	-
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	23 193	23 874	23 556	-	-	-	24 681	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	876	1 370	661	-	-	-	915	-	-
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 374	11 556	11 197	-	-	-	11 837	-	-
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	9 642	9 977	9 557	-	-	-	10 367	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 732	1 579	1 640	-	-	-	1 470	-	-
Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	104 208	114 631	108 037	-	-	-	119 204	-	-
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	90 490	99 743	93 983	-	-	-	103 525	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 718	14 888	14 054	-	-	-	15 679	-	-
Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	121 319	126 194	121 616	-	-	-	126 944	-	-
Sichteinlagen	Mill. DM	23 913	25 273	22 956	-	-	-	25 108	-	-
Termineinlagen	Mill. DM	39 399	40 417	40 004	-	-	-	41 195	-	-
Spareinlagen	Mill. DM	58 007	60 504	58 656	-	-	-	60 641	-	-
<b>Steuern <sup>2)</sup></b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
Gemeinschaftsteuern <sup>3)</sup>	Mill. DM	3 228	3 344	3 793	2 735	3 238	3 580	4 329	3 104	3 969
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 362	1 359	1 833	777	1 351	1 394	2 048	847	1 607
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 088	849	957	1 386	1 324	891	1 016	1 460
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	Mill. DM	182	179	-	-	517	495	-	-	546
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	36	20	265	- 203	- 89	- 196	- 278	- 215	- 41
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	50	57	302	39	39	19	410	46	51
Zinsabschlag	Mill. DM	46	41	12	10	65	94	9	12	76
Einnahmen aus der Zinsab- schlagserlegung	Mill. DM	23	59	-	-	54	84	-	-	62
Körperschaftsteuer	Mill. DM	143	153	405	- 27	- 51	153	460	- 13	63
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	Mill. DM	13	12	-	-	83	43	-	-	72
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 865	1 986	1 960	1 959	1 887	2 186	2 281	2 256	2 362
Umsatzsteuer	Mill. DM	686	684	695	669	714	823	727	716	763
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 179	1 302	1 265	1 290	1 173	1 363	1 554	1 541	1 599
Zölle	Mill. DM	201	218	193	205	245	189	172	211	204
Bundessteuern	Mill. DM	533	250	297	244	216	196	253	210	205
Verbrauchssteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	439	153	149	176	150	141	136	155	146
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	85	87	138	58	56	46	106	45	47
Landessteuern	Mill. DM	143	111	138	117	120	129	138	141	119
Vermögensteuer	Mill. DM	40	5	5	3	3	4	3	3	4
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	58	65	66	64	61	78	79	73	58
Biersteuer	Mill. DM	8	7	8	8	9	8	8	8	8

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einführen aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt. – 3) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche Kindergeld.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	Mill. DM	772	782	763	.	.	.	819	.	.
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	10	.	.	.	9	.	.
Grundsteuer B	Mill. DM	146	154	170	.	.	.	170	.	.
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. DM	536	536	515	.	.	.	549	.	.
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	62	63	40	.	.	.	65	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften <sup>2)</sup>										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 063 <sup>f</sup>	1 899 <sup>f</sup>	2 078 <sup>f</sup>	1 587 <sup>f</sup>	1 670 <sup>f</sup>	1 800 <sup>f</sup>	2 426 <sup>f</sup>	1 725 <sup>f</sup>	2 111
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594 <sup>f</sup>	594 <sup>f</sup>	832	331 <sup>f</sup>	574 <sup>f</sup>	607 <sup>f</sup>	936	363 <sup>f</sup>	693
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	927 <sup>f</sup>	1 046 <sup>f</sup>	949 <sup>f</sup>	986 <sup>f</sup>	880 <sup>f</sup>	997 <sup>f</sup>	1 237 <sup>f</sup>	1 125 <sup>f</sup>	1 212
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 088	1 067	1 357	798	1 120	1 127	1 427	902	1 156
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	545	537	772	241	510	554	860	238	606
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	372	391	447	359	488	443	428	433	426
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 175	1 134	1 169	.	.	.	1 213	.	.
Gewerbsteuer (netto) <sup>3)</sup>	Mill. DM	425	432	411	.	.	.	442	.	.
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer <sup>4)</sup>	Mill. DM	514	457	509	.	.	.	458	.	.
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	–	–	–	.	.	.	43	.	.
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1991 = 100	114,1	116,1	116,1	116,6	116,8	117,3	117,4	117,7	117,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,6	111,2	112,0	111,8	111,3	113,8	113,8	113,2	112,7
Löhne und Gehälter										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 320	4 387	.	4 409	.	4 466	.	4 496	.
Arbeiter	DM	4 485	4 545	.	4 565	.	4 623	.	4 651	.
Arbeiterinnen	DM	3 146	3 210	.	3 235	.	3 280	.	3 335	.
Bruttostundenverdienste	DM	25,99	26,39	.	26,37	.	26,80	.	26,91	.
Arbeiter	DM	26,84	27,21	.	27,17	.	27,61	.	27,74	.
Facharbeiter	DM	28,54	29,01	.	28,96	.	29,51	.	29,66	.
Angelernte Arbeiter	DM	25,70	25,99	.	25,95	.	26,32	.	26,50	.
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,61	.	22,56	.	22,96	.	23,05	.
Arbeiterinnen	DM	19,68	20,06	.	20,05	.	20,45	.	20,53	.
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,06	19,34	.	19,33	.	19,69	.	19,71	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,2	.	38,5	.	38,3	.	38,5	.
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	.	38,7	.	38,5	.	38,6	.
Arbeiterinnen	Std.	36,8	36,8	.	37,1	.	36,9	.	37,4	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 131	6 221	.	6 234	.	6 302	.	6 360	.
Kaufmännische Angestellte	DM	5 560	5 669	.	5 677	.	5 777	.	5 780	.
Männer	DM	6 502	6 601	.	6 607	.	6 696	.	6 682	.
Frauen	DM	4 514	4 624	.	4 633	.	4 714	.	4 751	.
Technische Angestellte	DM	6 577	6 645	.	6 664	.	6 710	.	6 813	.
Männer	DM	6 730	6 787	.	6 809	.	6 847	.	6 959	.
Frauen	DM	5 026	5 186	.	5 185	.	5 317	.	5 367	.
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 422	4 511	.	4 525	.	4 549	.	4 597	.
Kaufmännische Angestellte	DM	4 409	4 491	.	4 503	.	4 526	.	4 569	.
Männer	DM	5 104	5 147	.	5 153	.	5 174	.	5 226	.
Frauen	DM	3 792	3 874	.	3 882	.	3 899	.	3 937	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) 1996 einschließlich der Ausgleichsleistungen nach § 20a FAG.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1000	81 895	82 051	82 047	82 061	82 071	...	...	...	...
Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	35 608	35 130 <sup>p</sup>	55 783 <sup>p</sup>	44 826 <sup>p</sup>	47 341 <sup>p</sup>	30 152 <sup>p</sup>	48 361 <sup>p</sup>	41 547 <sup>p</sup>	50 251 <sup>p</sup>
Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	66 334	67 506 <sup>p</sup>	66 701 <sup>p</sup>	70 416 <sup>p</sup>	74 945 <sup>p</sup>	64 522 <sup>p</sup>	62 642 <sup>p</sup>	65 356 <sup>p</sup>	70 115 <sup>p</sup>
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 570	71 396 <sup>p</sup>	67 905 <sup>p</sup>	68 451 <sup>p</sup>	67 359 <sup>p</sup>	72 137 <sup>p</sup>	66 554 <sup>p</sup>	69 360 <sup>p</sup>	67 975 <sup>p</sup>
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 7 236	- 3 890 <sup>p</sup>	- 1 204 <sup>p</sup>	1 965 <sup>p</sup>	7 586 <sup>p</sup>	- 7 615 <sup>p</sup>	- 3 912 <sup>p</sup>	- 4 004 <sup>p</sup>	2 140 <sup>p</sup>
Arbeitslose	1000	3 965	4 384	4 256	4 222	4 354	4 421	4 197	4 075	4 134
Männer	1000	2 112	2 342	2 272	2 225	2 270	2 370	2 229	2 144	2 153
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	%	10,4	11,4	11,1	11,6	11,4	11,4	10,9	10,5	10,7
Arbeitslosenquote <sup>5)</sup>	%	11,5	12,7	12,3	12,2	12,6	12,7	12,0	11,7	11,9
Offene Stellen	1000	327	337	361	367	356	469	484	483	467
Kurzarbeiter	1000	277	183	183	168	128	143	119	102	83
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>6) 7)</sup></b>										
Beschäftigte	1000	6 520	6 416	6 389	6 402	6 420	6 369	6 372	6 396	6 432
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	540	533	496	547	556	545	521	539	554
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	173 275	183 374	169 122	194 543	190 057	187 690	181 402	196 085	195 169
Auslandsumsatz	Mill. DM	51 438	58 117	52 883	62 870	59 758	62 106	59 764	67 805	64 288
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	99,9	103,7	95,5	111,2	107,8	108,5	105,1	112,2 <sup>r</sup>	112,9
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	98,9	104,3	98,1	110,9	109,4	109,8	107,0	112,1 <sup>r</sup>	113,6
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,4	106,0	94,9	119,0	111,0	111,5	107,6	120,4 <sup>r</sup>	119,3
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	99,6	88,3	107,8	101,2	110,8	105,3	111,1 <sup>r</sup>	109,0
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	99,8	99,8	92,6	100,4	101,6	98,8	95,4	99,0 <sup>r</sup>	101,6
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 468	40 564	36 988	36 411	36 584	40 446	37 558	35 894	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	30 975	31 143	29 099	25 358	28 043	32 803	28 188	27 755	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>8) 9)</sup></b>										
Beschäftigte	1000	1 312	1 221	1 257	1 255	1 252	1 118	1 122	1 127	1 127
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	130	123	125	145	147	116	114	124	131
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	18 109	17 530	16 972	19 736	20 190	14 388	15 027	17 102	18 582
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 772	18 433	20 449	20 379	21 543	19 982	22 384	23 647	20 989
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 021	16 223	18 185	18 103	19 353	18 163	20 396	21 682	19 244
Wohnfläche	1000 m <sup>2</sup>	3 779	3 639	4 012	3 875	4 039	3 652	4 095	4 182	3 691
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 337	3 355	3 373	3 932	3 984	3 593	4 302	4 390	4 179
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	48 031	44 110	47 394	46 177	47 577	40 798	45 870	46 075	40 975
<b>Handel und Gastgewerbe <sup>10)</sup></b>										
Einzelhandel										
Umsatz <sup>11)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,3	101,1	99,8	99,8	102,8	101,3	101,3	97,6	104,5
Großhandel										
Umsatz <sup>11)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,1	101,5	96,6	105,4	104,8	103,4	101,3	104,8	106,4
Gastgewerbe										
Umsatz <sup>11)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,5	96,7	105,1	102,6	103,3	91,0	103,8	98,7	99,5

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen. (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 8) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 9) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich. – 10) Vorläufige Ergebnisse. – 11) Ohne Umsatzsteuer.



## Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997			1998				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	65 745	73 898	70 613	77 382	78 701	83 939	77 756	81 780	84 948
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 725	40 971	40 392	43 595	42 183	49 085	43 113	47 265	46 788
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 153	4 300	4 204	4 622	4 316	5 087	4 316	4 744	4 572
Frankreich	Mill. DM	7 268	7 869	7 995	8 423	8 160	9 705	8 397	9 562	9 131
Großbritannien	Mill. DM	5 306	6 252	5 981	6 718	7 054	7 525	6 320	7 413	7 625
Italien	Mill. DM	4 939	5 444	5 438	5 992	5 613	6 711	6 023	6 389	6 151
Niederlande	Mill. DM	5 023	5 168	5 116	5 399	5 304	6 037	5 069	5 508	5 741
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	57 533	62 989	61 007	64 274	65 758	72 286	63 260	70 617	70 756
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	32 358	34 173	34 576	35 888	35 705	40 560	34 605	38 675	38 606
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 659	3 877	4 026	4 505	3 684	4 168	4 060	4 101	3 661
Frankreich	Mill. DM	6 136	6 606	6 421	7 064	6 439	8 110	7 262	7 501	7 864
Großbritannien	Mill. DM	3 957	4 383	4 382	4 474	4 964	4 960	4 149	4 894	4 866
Italien	Mill. DM	4 862	4 909	4 697	5 482	5 629	5 796	4 967	5 901	6 093
Niederlande	Mill. DM	5 091	5 345	5 674	5 297	5 552	6 522	4 808	5 732	5 439
<b>Geld und Kredit<sup>1)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 675	4 960	4 793	4 804	4 833	5 105 <sup>f</sup>	5 116	5 127	5 138 <sup>p</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 536	3 760	3 609	3 637	3 643	3 857 <sup>f</sup>	3 878	3 882	3 891 <sup>p</sup>
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 139	1 200	1 184	1 167	1 190	1 247 <sup>f</sup>	1 238	1 245	1 247 <sup>p</sup>
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 930	3 020	2 898	2 900	2 894	2 996 <sup>f</sup>	3 007	3 010	3 003 <sup>p</sup>
Spareinlagen	Mrd. DM	1 143	1 182	1 153	1 151	1 149	1 181 <sup>f</sup>	1 178	1 175	1 113 <sup>p</sup>
<b>Steuern</b>										
Gemeinschaftsteuern <sup>2)</sup>	Mill. DM	46 997	46 952	38 510	56 457	40 657	39 343	40 420	60 663	44 435
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 484	26 150	17 542	36 790	19 567	18 353	16 872	40 661	21 830
Lohnsteuer	Mill. DM	20 940	20 723	18 358	20 196	21 873	18 457	19 468	20 937	23 226
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	968	480	- 3 566	6 001	- 4 657	- 3 834	- 3 442	7 071	- 4 018
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	19 767	20 075	20 412	19 667	19 385	19 269	22 962	20 010	20 722
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 698	16 661	17 034	16 364	15 849	15 371	19 265	15 946	16 654
Zölle	Mill. DM	549	575	583	527	574	572	526	492	514
Bundessteuern	Mill. DM	11 489	11 272	10 286	12 138	11 177	8 876	10 522	11 326	10 720
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 196	1 177	1 045	657	730	775	995	654	698
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	8 115	7 935	7 764	8 424	8 729	7 069	8 449	8 298	8 506
<b>Preise</b>										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>3)</sup>	1991 = 100	105,6	107,5	109,6	108,4	107,7	105,9	104,7	104,3	103,3
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	1991 = 100	91,1	92,5	96,6	93,1	92,4	90,9	88,8	89,3	88,1 <sup>p</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>3)</sup>	1991 = 100	103,5	104,7	104,6	104,7	104,8	104,7	104,7	104,6	104,4
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	99,8	99,0	99,1	.	.	.	99,0	.	.
Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1995 = 100	99,8	99,1	99,1	.	.	.	99,0	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	98,3	96,6	96,7	.	.	.	96,0	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	116,5	118,6	118,4	118,6	119,2	119,5	119,9	120,0	120,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,2	111,0	111,5	111,9	111,6	112,5	113,7	113,7	113,2
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	108,5	109,0	108,9	108,8	108,7	109,4	109,5	109,4	109,3
Wohnungsmieten	1991 = 100	137,9	141,6	141,5	141,7	141,9	143,8	143,9	144,0	144,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	103,3	105,1	104,4	104,3	104,5	104,3	104,0	103,3	103,1
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	110,2	110,8	110,8	110,8	110,8	111,6	111,8	111,8	111,8
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	115,0	119,1	116,8	116,8	121,5	122,6	122,8	122,8	122,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	115,7	116,6	116,2	116,3	116,5	116,5	116,6	116,8	117,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	111,6	114,3	114,3	114,1	114,0	115,1	115,1	115,0	115,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	123,3	125,9	124,6	126,2	132,2	124,2	125,3	126,8	132,2

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche sowie das von der Familienkasse gezahlte Kindergeld. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.



### Über 11 000 Studienabschlüsse Mediziner studieren überdurchschnittlich lange

Im Studienjahr 1997 wurden vor den akademischen, staatlichen und kirchlichen Prüfungsämtern in Rheinland-Pfalz über 11 000 Prüfungen erfolgreich abgelegt.

41 % der bestandenen Prüfungen wurden in der Gruppe „Universitätsdiplom und entsprechende Abschlüsse“ abgelegt. 34 % der Kandidaten erlangten einen Fachhochschulabschluss, gut 12 % absolvierten eine Lehramtsprüfung. Darüber hinaus promovierten 1 048 Personen.

Während rund drei Viertel der bestandenen Lehramtsprüfungen von Kandidatinnen abgelegt wurden, waren Frauen in den übrigen Prüfungsgruppen unterrepräsentiert. Ihr Anteil in der Prüfungsgruppe „Universitätsdiplom und entsprechende Abschlüsse“ lag bei 46 %. Lediglich 35 % der Fachhochschulabschlüsse und 32 % der Promotionen wurden von Frauen erlangt.

Zum Zeitpunkt der Prüfung waren die erfolgreichen Absolventen rund 29 Jahre alt; das Durchschnittsalter der Männer lag mit 29,5 Jahren rund eineinhalb Jahre über dem ihrer Kommilitoninnen. Diese Spanne dürfte im Wesentlichen auf Wehr- und Ersatzdienstzeiten zurückzuführen sein. Trotz kürzerer Studienzeiten liegt das Abschlussalter der Fachhochschulabsolventen leicht über dem der Kandidatinnen und Kandidaten wissenschaftlicher Einrichtungen. Mitursächlich hierfür dürfte sein, dass Fachhochschulstudierende vor dem Studium häufig schon berufspraktische Tätigkeiten, z.B. eine Ausbildung, vorzuweisen haben.

Die durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen lag im Prüfungsjahr 1997 an den rheinland-pfälzischen Hochschulen bei 10,5 Semestern. Ein Viertel der Kandidatinnen und Kandidaten benötigte weniger als 8,4 Semester für den Abschluss ihres Erststudiums, ein Viertel mehr als 12,7 Semester. Die Studiendauer wird durch das Studienfach, die Art der Abschlussprüfung und die Hochschule beeinflusst. So betrug die durchschnittliche Studiendauer an den Verwaltungsfachhochschulen rund 6 Semester. An den übrigen Fachhochschulen im Land schwankte sie zwischen 7,2 Semestern, wie z. B. an der Evangelischen Fachhochschule Ludwigshafen mit sozialwissenschaftlich ausgerichtetem Studienangebot, und 11,7 Semestern an der Fachhochschule Kaiserslautern (Standort Kaiserslautern), wo ingenieurwissenschaftliche Prüfungsabschlüsse erworben werden. An den wissenschaftlichen Hochschulen wurden durchschnittliche Studienzeiten von rund 8 Semestern wie an der Univer-

sität Koblenz-Landau mit Ausbildungsschwerpunkt in der Lehrerbildung und 12,8 Semestern an der Universität Kaiserslautern mit mathematisch-naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Studienangeboten errechnet.

Von den 11 016 bestandenen Prüfungen wurden 2 % „mit Auszeichnung“, 15 % mit dem Prädikat „sehr gut“, 47 % mit „gut“ und 27 % mit „befriedigend“ bewertet. 4 % der Kandidatinnen und Kandidaten wurden mit „ausreichend“ beurteilt, von 5 % der Prüfungen liegen keine Abschlussergebnisse vor. 101 Kandidatinnen und Kandidaten scheiterten endgültig. re

### Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - September		Veränderung
	1997	1998	
	Mill. DM		%
<b>Landessteuern</b>	978,9	1 190,2	21,6
Vermögensteuer	50,2	33,4	- 33,5
Erbschaftsteuer	28,1	110,4	293,0
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	74,5	142,9	91,7
Kraftfahrzeugsteuer	593,1	653,8	10,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	136,2	159,4	17,0
Feuerschutzsteuer	29,3	22,9	- 21,8
Biersteuer	67,4	67,4	- 0,0
<b>Landesanteil an den Steuern vom Einkommen<sup>1)</sup></b>	4 449,9	4 836,2	8,7
Lohnsteuer	3 578,0	3 719,7	4,0
Veranlagte Einkommensteuer	- 49,7	- 83,0	X
Kapitalertragsteuer	252,6	559,4	121,5
Zinsabschlag	176,3	193,2	9,6
Körperschaftsteuer	492,7	446,9	- 9,3
<b>Landesanteil an den Steuern vom Umsatz</b>	3 509,1	3 452,9	- 1,6
Umsatzsteuer	2 801,3	2 667,9	- 4,8
Einfuhrumsatzsteuer	707,9	785,0	10,9
<b>Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage</b>	58,3	64,8	11,1
<b>Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)</b>	33,8	34,8	3,0
<b>Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)</b>	89,0	98,9	11,1
<b>Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform</b>	-	19,1	X
<b>Insgesamt</b>	9 119,0	9 697,0	6,3

1) Lohnsteuereinnahmen nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes.



Massiver Rückgang bei stationärer Vorsorge und Rehabilitation

An den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen in Rheinland-Pfalz vollzog sich im Jahre 1997 angesichts geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen für Kurmaßnahmen ein massiver Rückgang.

Die Zahl stationär behandelter Patienten ging gegenüber dem Vorjahr um gut 22 % auf 66 600 zurück. Besonders stark waren die 47 Einrichtungen in privater Trägerschaft betroffen. In ihrem Bereich wurde gegenüber 1996 ein Rückgang an Patienten um mehr als ein Viertel auf rund 47 000 Personen registriert. Dagegen konnten die 11 Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft wie im Vorjahr rund 15 000 Patientenzugänge verbuchen, die 11 Einrichtungen in freigemeinnütziger Trägerschaft registrierten 12 % weniger Patienten. Auch die durchschnittliche Verweildauer in den Einrichtungen war gegenüber 1996 deutlich kürzer. Sie sank um 6 % auf durchschnittlich 31 Tage. Davon betroffen waren Einrichtungen aller Träger.

Durch die rückläufigen Patientenzahlen bei gleichzeitig kürzerer Verweildauer in den Einrichtungen sank die Zahl der erbrachten Pfl egetage gegenüber dem Vorjahr um annähernd 27 % auf insgesamt 2,07 Mill. Tage. In den Vorjahren 1996 und 1995 waren an den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen im Lande noch 2,83 Mill. bzw. 2,94 Mill. Pfl egetage erbracht worden. Besonders stark war der Rückgang an den Einrichtungen in privater Trägerschaft. Hier nahm die Zahl der Pfl egetage um gut 30 % gegenüber 1996 ab. Bereits 1996 war eine Abnahme um mehr als 4 % zu verzeichnen gewesen.

Die Zahl der zur vollstationären Behandlung aufgestellten Betten ging gegenüber 1996 um 3,6 % auf 8 752 zurück. Während sowohl bei freigemeinnützigen als auch bei privaten Trägern ein Bettenabbau von gut 4 % gegenüber 1996 zu verzeichnen war, verringerte sich in den Einrichtungen öffentlicher Träger die Bettenkapazität nur unwesentlich.

Angesichts des vergleichsweise starken Rückgangs der Patientenzahl und der Verweildauer sank die durchschnittliche Bettenauslastung von 85 % im Jahre 1996 auf 65 %. Auch bei der Entwicklung dieser Kennziffer zeigen sich deutliche tr ägerspezifische Unterschiede. Insbesondere die Einrichtungen privater Träger mussten Auslastungseinbußen hinnehmen.

Neben dem Abbau von Bettenkapazitäten reagierten die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen mit einem Abbau von Personalkapazitäten auf die stark rückläufigen Patientenzahlen und die sinkende Behandlungsdauer. So wurde gegenüber 1996 Personal im Umfang von insgesamt 502 Vollkräften abgebaut, 47 Vollzeit äquivalente im Bereich des ärztlichen und

455 im Bereich des nichtärztlichen Personals. Besonders stark reduzierten auch hier die Einrichtungen in privater Trägerschaft. Sie reagierten auf die für sie ungünstige wirtschaftliche Entwicklung gegenüber dem Vorjahr mit einem Personalabbau von 16 % beim ärztlichen und 14 % beim nichtärztlichen Personal. An den Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft vollzog sich der Abbau von Personalkapazitäten nicht annähernd so stark. Hier wurden im Vergleichszeitraum Personaleinsparungen von 1 % im ärztlichen und 2 % im nichtärztlichen Bereich vollzogen. re

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im September 1998

Indexbezeichnung	1991=100	Veränderung zu Sept. 1997 in %
<b>Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup></b>		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	117,3	0,7
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	112,4	1,1
Bekleidung, Schuhe	110,4	0,5
Wohnungsmieten	130,9	1,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	99,0	- 2,4
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	112,8	1,0
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	119,8	1,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	116,3	- 0,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	114,0	0,8
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	126,8	0,1
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	117,9	0,6
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	117,4	0,7
2-Personen-Haushalte von Rentempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	120,1	0,8
<b>Deutschland <sup>2)</sup></b>		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	119,9	0,8

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.



### Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da die Zahl nicht sicher genug		
( )	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.